

KB

Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

Nr. 13

Preis 1 DM

# ZUR KOMMUNISTISCHEN PROGRAMMATIK

## TEIL 1

### Zum Stand der Klassenkämpfe in Westeuropa

Die gegenwärtige Arbeiterbewegung ist spontane Arbeiterbewegung. Damit meinen wir, daß den Arbeitern das sozialistische Bewußtsein fehlt, d.h. "die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System" (Lenin, Was tun?)

Die gegenwärtige Arbeiterbewegung bleibt als spontane Arbeiterbewegung den Bewegungsgesetzen der Konjunktur unterworfen: im wirtschaftlichen Aufschwung erreicht sie einen höheren Lohnzuwachs und soziale Verbesserungen, während sie im Abschwung der Konjunktur sogar eine Senkung des Reallohns hinnimmt.

Die Bewegungen der Konjunktur sind aber durchaus kein "unabänderliches Gesetz", dem die Arbeiter sich in jedem Fall anpassen müßten. Die Arbeiterbewegung bleibt den Konjunkturbewegungen unterworfen, weil und solange sie spontane Arbeiterbewegung ist, solange die Arbeiterbewegung also zur Entwicklung einer politisch-ideologischen selbstständigen Klassenpolitik noch nicht in der Lage ist.

Zwar begünstigt das ökonomische Kräfteverhältnis in der Krise die Kapitalistenklasse. Aber noch wesentlicher ist, daß die Kapitalistenklasse die Arbeiter politisch-ideologisch unterwirft, indem sie der spontanen Arbeiterbewegung festе Vorstellungen über ihr Verhalten in den verschiedenen Situationen der Konjunktur aufzwingt.

An erster Stelle ist hier das Verhalten der Gewerkschaften zu nennen. Die Politik der Gewerkschaftsführungen ist bürgerlich bestimmt, d.h. den Interessen der Kapitalistenklasse unterworfen. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik erkennt die "Spielregeln" der Konjunktur an, wie sie am konkretesten in den vom Staat festgelegten "Lohnleitlinien" zum Ausdruck kommen.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik - solange sie bürgerliche Politik bleibt - ist daher das wichtigste und wirksamste Instrument der Kapitalisten zur Unterordnung der spontanen Arbeiterbewegung unter die Bewegungen der Konjunktur. Weiterhin wird - besonders im wirtschaftlichen Abschwung - intensiv die bürgerliche Politik und Ideologie in die Arbeiterklasse hineingetragen im Sinne der Partnerschafsideologie einerseits und der Einschüchterung der Arbeiterklasse andererseits.



Zur Zeit befinden wir uns im wirtschaftlichen Abschwung, nachdem die Krise von 1966/67 zum bisher größten wirtschaftlichen Aufschwung in der BRD geführt hatte.

Zu Ende 1969 zeichnete sich der Rückgang dieser Hochkonjunktur ab. Wurde dieser Rückgang auch in der ersten Hälfte 1971 von einem "Zwischenhoch" unterbrochen, so hält er doch unvermindert an. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nehmen zu.

Die Unterwerfung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik unter die Interessen und Forderungen der Kapitalistenklasse führte beim Wiederaufschwung der Konjunktur 1968/69 dazu, daß minimale Lohnerhöhungen und "explodierende" Profite einander gegenüberstanden.

Das ist im Kapitalismus durchaus normal. In diesem Falle aber war der Bogen überspannt worden, und es kam zu den "wilden" Septemberstreiks 1969 mit Schwerpunkt Metall-Industrie und Bergbau. In den Septemberstreiks durchbrachen die Arbeiter die Schranken gewerkschaftlicher Tarifpolitik, indem sie sich das holten, was jene ihnen verweigert hatte.

Von den Septemberstreiks gewarnt, ging die IGM-Führung mit einer Forderung von 15 % in die Metall-Tarifrunde 1970. Es wurden schließlich Tarifverträge zwischen 10 % (Hessen) und 12,2 % (Südwestfalen/Südbaden) abgeschlossen. Dieser Abschluß war zwar nach Meinung der Kapitalisten immer noch viel zu hoch, aber immerhin stabil, d.h. "wilde" Streiks wurden 1970 vermieden.

Die erklärte Absicht der Kapitalisten war, die Metalltarifrunde 1970 zum "Schlußpunkt der Lohnbewegung" in diesem Konjunktur-Zyklus zu machen.

Durch Minister Schiller wurden für 1971 "Orientierungsdaten" von 7,5 - 8 % ausgegeben. Zwar hatte es "Orientierungsdaten" dieser Art auch schon in den vorhergehenden Jahren gegeben, aber die Arbeiterklasse hatte diese Daten ohne weiteres überwunden.

Sehen wir nun, wie die Schillerschen "Orientierungsdaten" 1971 erstmals wieder durchgesetzt wurden. Zu Beginn stand

der Abschluß der ÖTV Anfang Dezember 1970 mit durchschnittlich 9%. Die Ausgangsforderung der ÖTV hatte bei 10,4 - 14,4 % gelegen - einen Abschluß unter 10 % hatte die ÖTV dabei als "indiskutabel" bezeichnet.

Otto A. Friedrich vom Kapitalistenverband nannte den ÖTV-Abschluß eine "Hinwendung zu einer vernünftigeren Beurteilung" und Minister Schiller sprach von einem "Schritt in Richtung auf unsere Orientierungsdaten", womit "der Prozeß der Annäherung der Löhne an die Orientierungsdaten eingeleitet" sei. Von den Kapitalisten wurde die ÖTV-Tarifrunde als Test auf 1971 angesehen, und in diesem Sinne war sie zufriedenstellend verlaufen.

In seinem Jahresbericht 1970 gab der Kapitalistenverband BDA für das kommende Jahr die Parole aus:

- "härtere Politik gegenüber den Gewerkschaften" und
- Lohnerhöhungen um höchstens 6,5 %.

Demonstrativ unterstrichen wurden diese Ankündigungen durch Vorbereitungen der Kapitalistenverbände auf Streiks und Aussperrungen, Absprache und Verträge über "gegenseitige Hilfeleistung im Streikfall" etc.

1971 nun gab es in der ersten Jahreshälfte u.a. Abschlüsse im Bereich der IG Druck und Papier (7,5 % für die papiererzeugende und 9 % für die papierverarbeitende Industrie), der IG Bergbau/Energie (um 7,3 %) und für die Angestellten des privaten Bankgewerbes (7,9 %). Hatten die Gewerkschaftsführer zu Ende 70/Anfang 71 noch scheinheilig gegen Schillers "Lohnleitlinien" polemisiert und kraftmeierische Reden gehalten, so lagen doch in Wahrheit in diesem Jahr alle Abschlüsse im Bereich der "Lohnleitlinien". Dieses Verhalten der Gewerkschaftsführer konnte auf die Arbeiter der zwei großen noch ausstehenden Bereiche - Chemie und Metall- nicht gerade ermutigend wirken.

Mit den Tarif-Verhandlungen für die Chemie-Industrie, die Mitte April 71 begannen, stand die erste größere Kraft-

## UNSER WEG

(ehem. KAB- Arbeiterzeitung)

Monatsschrift des Kommunistischen Bundes für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung.

Erscheint im VERLAG ARBEITERKAMPF

2 Hamburg 13 Hochallee 21

### Postanschrift :

Joachim Welsch

2 Hamburg 39

Alsterdorfer Straße 375 c

Postscheckkonto : J. Welsch

Hamburg 3490 22

UNSER WEG erscheint jeweils in der ersten Hälfte eines jeden Monats

Preis -.70 (einschl. Porto)

Abonnements und Versand einzelner Nummer nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das o. a. Postscheckkonto.

**Auflage : 6000**



probe an. Diese Kraftprobe war von den Chemie-Kapitalisten durch die Bildung eines "Vertragswerkes Hilfeleistung im Arbeitskampf" im Dezember 70 langfristig vorbereitet worden. Wie die Kapitalisten richtig einschätzten, war "die jetzt bevorstehende Tarifrunde in der chemischen Industrie... für das lohnpolitische Klima dieses Jahres von entscheidender und weitreichender Bedeutung", vor allem mit Blick auf die Metall-Tarifrunde im Herbst 71 (Handelsblatt, 7. April).

Während in der Chemie-Tarifrunde die Verhandlungen liefen, traf Kanzler Brandt mit Vertretern der Kapitalistenverbände und der Gewerkschaften zusammen. Er brachte dabei zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften eine "Lohnpause" zu machen hätten, was einer lautstark vorgetragenen Forderung der Kapitalisten entsprach. Zufrieden konnte Brandt öffentlich feststellen, "daß der DGB bzw. die Gewerkschaften ihre Bereitschaft erklärt haben, die für die Stabilisierung geeigneten Maßnahmen zu unterstützen."

Die Verhandlungen wurden bis zum 3. Juli hingezogen und dann unter direkter Intervention der Bundesregierung so abgeschlossen, daß aufs Jahr berechnet eine etwa 7%ige Lohnerhöhung herauskam.

Es zeigt sich, daß im Verlauf dieses Jahres die Lohnerhöhungen soweit heruntergedrückt worden sind, daß sie bei steigenden Preisen und Steuern auf eine Senkung des Reallohnes hinauslaufen. Hatten die "Lohnleitlinien" zu Ende 70/Anfang 71 noch Lohnsteigerungen um 7,5 - 8% bei angenommenen Preissteigerungen von knapp 4% vorgesehen, so sind die "Lohnleitlinien" im Verlauf 71 auf "höchstens 7,5%" und später 7% gesenkt worden, während die Preiserhöhung nach offiziellen Angaben bei etwa 6% liegt.

Das bedeutet eine nicht unerhebliche Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, und zwar über das zu Ende 70 von Schiller projektierte Maß hinaus. Hatten damals die Schillerschen "Orientierungsdaten" noch kraftmeierische "Proteste" der Gewerkschaftsführer hervorgerufen, so ist heute deren Unterwerfung komplett.

Die spontane Arbeiterbewegung befindet sich gegenwärtig im Rückgang und in der Defensive, nachdem sie 1969/70 für eine kurze Zeit in die Gegenoffensive gegen die ständigen Angriffe der Kapitalistenklasse zumindest auf ökonomischen Gebiet gegangen war. Die Zunahme von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit im kommenden Winter und wahrscheinlich 1972 anhaltend - wird eine weitere Schwächung der spontanen Arbeiterbewegung zur Folge haben, zumal das Element der Bewußtheit in der Arbeiterklasse noch nicht genügend entwickelt ist, um dieser Schwächung wirksam gegensteuern zu können.

In dieser Situation setzt die Kapitalistenklasse das neue BVG durch und bereitet die ungeheuerliche Provokation einer Mobilmachungs-Übung (der ersten seit Bestehen der BRD!) vor. In dieser Situation beginnt die Kapitalistenklasse bereits mit der Zerschlagung bewußter Arbeitergruppen in den Betrieben und bereitet propagandistisch das Verbot der kommunistischen Organisationen der Arbeiterklasse vor.

Die Arbeiterklasse sieht sich einer allseitigen Offensive der Kapitalisten gegenüber, zu deren Abwehr sie unter den jetzigen Bedingungen schwerlich in der Lage sein wird.

Dies gilt es realistisch einzuschätzen. Es dient der Arbeiterklasse überhaupt nicht, daß zur Zeit zahlreiche Organisationen und Gruppen kräftig einen auf Optimismus machen.

So verhält sich auf der einen Seite die revisionistische DKP, die die Arbeiter verzweifelt davon zu überzeugen versucht, daß in Verbotsdrohungen und Kriegsübungen das Wirken einer sogenannten "gemäßigteren und mehr realistischen Fraktion der Monopolbourgeoisie" zum Ausdruck kommt, wodurch sich angeblich "günstigere Bedingungen" für den Frieden der Welt im allgemeinen und für eine "demokratische Erneuerung" in der BRD im Besonderen ergeben. Alles, alles, alles - das Blaue vom Himmel herunter, verspricht die DKP den Arbeitern, sobald nur die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert, d.h. vom Bundestag angenommen sind: Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit, Demokratie und sogar - die Krebsbekämpfung! (so der Hamburger DKP-Vorsitzende Jan Wienecke auf einer Veranstaltung in der Hamburger Uni)

Auf der andern Seite steht der bunte Blütenreigen verschiedener super-"linker" Organisationen. Diese haben die durchaus richtige Feststellung Mao Tse-tungs "Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution" anscheinend in den falschen Hals gekriegt und verstehen nicht, daß es vorübergehend auch gegenläufige Tendenzen geben kann.

Revisionismus und "Links"sektierertum - so fern sie sich in anderen Fragen sein mögen - berühren sich, stimmen überein in ihrer abenteuerlich-schönfärberischen Darstellung der Situation.

Dahinter steckt in beiden Fällen der kleinbürgerliche Subjektivismus.

Marxisten entwickeln auf der Grundlage einer Analyse - die nach der Methode des wissenschaftlichen Sozialismus vorgenommen wird - eine Strategie und Taktik. Umgekehrt gehen die Subjektivisten aus von einer bestimmten vorgefertigten Strategie (sei es nun die "demokratische Erneuerung" oder die "Strategie" der revolutionären Ungeduld) und biegen sich eine entsprechende "Analyse" zurecht. Um zu reformistischen oder super-"linken" Konzepten zu kommen, muß man die Wirklichkeit vergewaltigen.

Die Abgrenzung von schönfärberischen, abenteuerlichen Darstellungen ist natürlich selbst noch keine Analyse, die einer kommunistischen Strategie und Taktik zugrunde gelegt werden könnte. Es geht uns hier zunächst nur darum, die gegenwärtig vorherrschende Art "Analyse" und der "Strategie"-Bildung als untauglich zu kennzeichnen.

Es gibt heute keine kommunistische Organisation, die mit einer fertigen Strategie und Taktik auftreten könnte, nachdem die Kontinuität der deutschen Arbeiterbewegung (und damit auch weitgehend der Theorie-Bildung) durch den Faschismus 1933-45 und durch die Illegalisierung der KPD 1956 unterbrochen wurde und der Stand der spontanen Arbeiterbewegung in der BRD immer noch relativ bescheiden ist.

Wir wollen hier nur einige grundsätzliche Überlegungen aufzeichnen, die nach unserer Meinung in eine kommunistische Strategie und Taktik eingehen müßten.



# Die Entwicklung seit 1945 : **DER ZUG FÄHRT IN DIE FALSCHER RICHTUNG**

Der deutsche Imperialismus, der nach der führenden Stellung in der Welt gegriffen hatte, wurde im Krieg 1939-45 von der Roten Armee der Sowjet-Union und ihren Verbündeten vernichtend geschlagen.

Dieser Krieg hatte zwei Aspekte. Er war auf der einen Seite ein Krieg zwischen Imperialisten um die Aufteilung der Welt. Er war aber auf der anderen Seite, nachdem 1941 faschistische Truppen die Sowjet-Union überfielen, auch ein Krieg zwischen Imperialismus und Sozialismus.

Dieser Doppelcharakter des Krieges 1939-45 führte zu einer vorübergehenden Allianz imperialistischer Staaten mit der Sowjet-Union.

Die imperialistischen Gegner des deutschen Faschismus führten ihren Krieg unter den Parolen von "Demokratie" und "Menschlichkeit". Lenin hat auf diese Parolen schon im imperialistischen Krieg 1914-18 hingewiesen. Im Munde der Imperialisten haben diese Parolen keinen anderen Zweck als die Rechtfertigung ihrer Kriege gegenüber den Völkern. (vgl. Lenin, u. a. Der Zusammenbruch der II. Internationale)

Wenn also gerade der US-Imperialismus seine Auseinandersetzung mit dem deutschen und japanischen Imperialismus unter Parolen der "Demokratie" und "Menschlichkeit" führte, so änderte das überhaupt nichts am Charakter dieses Krieges (bzw. dieser Seite des Krieges) als eines imperialistischen Raubkrieges.

Die Sowjet-Union konnte relativ weitgehend in den Verträgen mit ihren imperialistischen Alliierten eigene Vorstellungen über eine demokratische Entwicklung Deutschlands nach dem Kriege durchsetzen. Eine ganz andere Sache war, daß diese Verträge für die Imperialisten niemals mehr waren als ein Fetzen Papier.

Deutschland wurde 1945 in Besatzungszonen aufgeteilt, sollte aber als Einheit erhalten bleiben. Außerdem waren in Potsdam Abmachungen über die Bestrafung der Kriegsverbrecher, über die Auflösung kapitalistischer Monopole, über eine Bodenreform, über eine demokratische Entwicklung Deutschlands getroffen worden.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden diese Maßnahmen tatsächlich durchgeführt. Dagegen ging der US-Imperialismus sehr bald dazu über, den deutschen Imperialismus im westlichen Teil Deutschlands als Kettenglied einer antikommunistischen, antisowjetischen Allianz wieder entstehen zu lassen.

Kriegsverbrecher wurden amnestiert und rückten erneut in Führungspositionen der Wirtschaft und des Staatsapparates ein.

Die westdeutsche Wirtschaft erhielt erhebliche Unterstützung zum zügigen Wiederaufbau.

Die staatliche Teilung Deutschlands wurde mit Gründung der BRD 1949 vollzogen. Es folgte die Wiederaufrüstung, die Schaffung der Bundeswehr und die Einbeziehung der BRD in die NATO.

## **WELCHE LAGE ERGAB SICH 1945 FÜR DEN KLASSENKAMPF IN DER BRD ?**

Die Bourgeoisie hatte ihre ökonomischen und politischen Positionen in einem großen Teil Deutschlands vollständig eingebüßt, nämlich in der Sowjetischen Besatzungszone und in den Gebieten östlich der Oder-Neiße, die zu dieser Zeit unter polnischer Verwaltung standen und später Teil der VR Polen geworden sind.

In den westlichen Besatzungszonen waren zwar große Teile der Industrie zerstört. Allerdings waren wichtige Großbetriebe, wie z. B. die chemischen Werke Ludwigshafen (jetzt BASF) und die Hochöfen des Ruhrgebietes offenbar bewußt bei den Luftangriffen geschont worden. Eine US-

Untersuchung kam daher schon 1946 zur Einschätzung, daß etwa 75 % der westlichen Industrie "intakt oder un schwer wiederherzustellen" seien.

Nun ist weiterhin zu bedenken, daß die deutsche Bourgeoisie als Ergebnis der brutalen Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Faschismus und später der Ausplünderung fremder Länder im Krieg seit 1933 beträchtliche Gewinne gemacht hatte. Daher stand die Bourgeoisie selbst 1945 wirtschaftlich kaum schlechter da als vor dem Faschismus. !

Die Macht in den westlichen Besatzungszonen wurde zunächst von den Besatzungsbehörden ausgeübt. Diese setzten



aber recht bald die Bourgeoisie und deren alte Handlanger in Eigentum und Amt wieder ein. Äußerer Abschluß dieser Etappe war die Gründung der BRD 1949.

Außenpolitisch war die Rolle des deutschen Imperialismus schwer erschüttert und ebenso im Welthandel. Unter den Imperialisten der anderen Länder gab es ernsthafte Tendenzen, den deutschen Imperialismus überhaupt als Konkurrent auf dem Weltmarkt für alle Zeiten auszuschalten. Deutschland sollte deshalb zerstückt und in ein Agrargebiet verwandelt werden. (u. a. "Morgenthau-Plan") 1945/46 wurde allerdings klar, daß sich das Interesse an einem wirtschaftlich und politisch starken deutschen Imperialismus als Verbündeter im Kampf gegen die Sowjet-Union durchsetzte.

Der Imperialismus in Deutschland war also angeschlagen. Aus einem Teil Deutschlands war er verdrängt worden. Der deutsche Imperialismus hatte aber die wirtschaftlichen und politischen Kräfte auf seiner Seite, um in den Westzonen seine allseitige Restauration verwirklichen zu können.

Die Arbeiterklasse hatte im Kriege 5 - 6 Millionen Menschen verloren. Der bewußteste Teil der Arbeiterklasse, die Kommunisten, war in KZ's und Zuchthäusern nahezu ausgelöscht worden. Der Faschismus hatte gerade die erfahrensten proletarischen Kader systematisch vernichtet. Von den Überlebenden war ein großer Teil körperlich ruiniert und seelisch demoralisiert.

## DIE BOURGEOISIE IN DER OFFENSIVE

Immerhin führte die Arbeiterklasse in jenen Jahren bedeutende politische Kämpfe, und der Einsatz des Streiks als Mittel auch des politischen Kampfes kann als ein Gradmesser dafür gelten.

Abbau errungener Rechte im Betrieb, Freilassung von Kriegsverbrechern, Betriebsverfassungsgesetz und Remilitarisierung riefen immer wieder Streiks und Demonstrationen hervor. So nahmen z. B. mehr als 2 Millionen Arbeiter an Streiks und Demonstrationen gegen das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 teil. 150 000 Menschen demonstrierten in Hamburg, jeweils 80 000 in Dortmund und Nürnberg. Eine ähnliche Massenbewegung gab es Ende der 50er Jahre gegen die Stationierung von Atomwaffen in der BRD.

Diese Kämpfe aber waren bereits ausschließlich defensiv. Sie dienten nicht der Er kämpfung neuer, sondern der Verteidigung alter Positionen der Arbeiterklasse.

Insgesamt war die Bourgeoisie in der Offensive. Wir hatten gesehen, daß sich als Folge des Krieges die politische Situation der Arbeiterklasse durch Wiedergewinnung demokratischer Rechte und die Existenz einer kommunistischen Partei zunächst verbessert hatte. So wie sich nun die Imperialisten international um ein "Roll back" bemühten (Zurückdrängung des Kommunismus), so auch im Inneren gegenüber der Arbeiterklasse. Und dies innenpolitisch zweifellos mit mehr Erfolg als außenpolitisch.

Es ist daran zu erinnern, daß die deutsche Arbeiterklasse in der Vergangenheit einen sehr hohen Grad politischen Bewußtseins gehabt hatte. Heftige Klassenkämpfe während der ganzen Zeit 1918-33 hatten wichtige Erfahrungen und ein klares Bewußtsein von der Überlebtheit des Kapitalismus geschaffen.

Dieses politische Bewußtsein war 1945 kaum noch vorhanden. Faschismus und Krieg hatten die Arbeiterbewegung um Jahrzehnte zurückgeworfen. Relativ zur Bourgeoisie war die Arbeiterklasse viel schwächer als vor 1933.

Verglichen mit den Jahren des Faschismus allerdings hatte sich die Situation der Arbeiterklasse erheblich verbessert. Die demokratischen Rechte des Streiks, der Rede- und Versammlungsfreiheit u. a. m. konnten wieder wahrgenommen werden. Das faschistische "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" von 1934 und ähnliche Gesetze waren gefallen. Es gab recht und schlecht sogar wieder eine legale kommunistische Partei mit Möglichkeiten der Agitation und Propaganda. In den Betrieben konnten z. T. weitgehende Mitbestimmungsrechte durchgesetzt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die spontane Arbeiterbewegung nach der fast totalen Knebelung 1933-45 einen neuen Aufschwung nahm. Allerdings blieb sowohl dieser Aufschwung wie vor allem das Element der Bewußtheit in der Arbeiterbewegung weit hinter dem Stand vor 1933 zurück.

Die Kapitalistenklasse setzte ihre innenpolitischen Absichten Schritt um Schritt durch. Letzten Endes führten alle politischen Kämpfe der Arbeiterklasse in jenen Jahren zu Niederlagen. Betriebsverfassungsgesetz und Remilitarisierung, die allseitige Restauration des deutschen Imperialismus in der BRD, wurde gegen den Willen der Arbeiterklasse erzwungen.

Das Kräfteverhältnis verschob sich zugunsten der Bourgeoisie. Indem die Arbeiterbewegung Niederlagen erlitt und an Schwung verlor, konnte die Bourgeoisie nun auch daran denken, das Element der Bewußtheit in der Arbeiterbewegung, die Kommunistische Partei, auszuschalten. 1956 wurde die KPD verboten, nachdem sie seit 1950 durch Verbot u. a. der FDJ und ständige Repressalien immer mehr ins "Vorfeld" der Illegalität abgedrängt worden war und nur noch beschränkt legal wirken konnte (vgl. dazu: Das KPD-Verbot und seine Folgen, in: KAB-Revisionskritik Nr. 3).

Das Verbot traf die KPD tödlich. Hatte sie ohnehin seit 1949 ständig an Mitgliedern, Wählern und Sympathisanten verloren, so verschwand sie nach dem Verbot völlig von der Bildfläche, spielte keine Rolle mehr in der westdeutschen Arbeiterbewegung.

Die Streikbewegung nahm 1957 nochmals einen bedeutenden Aufschwung. Nie wieder vorher oder nachher seit Bestehen der BRD gab es so viele Streiktage wie 1957.



Dazu trug vor allem der mit großer Zähigkeit und Entschlossenheit geführte Streik der Metallarbeiter Schleswig-Holsteins bei, der vom 24. Oktober 1956 bis zum 15. Februar 1957 durchgehalten wurde. Dieses war der längste Streik in Deutschland seit 1905.

Zweimal war die IG-Metall-Führung zum Kompromiß bereit und zweimal wurde dieser Kompromiß in Urabstimmungen abgelehnt. Erst nach dem 3. Kompromiß wurde der Streik abgebrochen. Der Streik endete mit einem Sieg der Kapitalisten.

Der IGM-Führung ist vorzuwerfen, diese Kraftprobe ausgerechnet im schwächsten Tarifbezirk eingegangen zu sein, ohne gleichzeitig die Solidarität mit den anderen Tarifbezirken in der notwendigen Weise herzustellen. Isoliert mußten die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins schließlich unterliegen.

Um den Sieg der Kapitalisten vollständig zu machen, verurteilten die bürgerlichen Gerichte die IG Metall zu einer "Entschädigung" wegen "Bruchs der Friedenspflicht" in Höhe von 38 Mio. Mark.

In den Jahren 1959 - 61 lag dann die Zahl der Streiktage unter 100 000 (1960 Tiefstand mit 37 000 Tagen) gegenüber 2,3 Mio. Tagen 1957 und 780 000 Tagen 1958.

1963 gab es mit dem Streik der Metallarbeiter Baden-Württembergs nochmals einen Aufschwung. In jenem Jahr gab es 880 000 Streiktage. Die IG Metall forderte damals eine 8 %-ige Lohnerhöhung, während die Kapitalisten einen Lohnstopp erzwingen wollten und schließlich ganze 3,5 % "anboten".

wiederm nur für einen Teil der Metallarbeiter. Noch am selben Tag sprachen die Metall-Kapitalisten die Aussperrung aller Metallarbeiter im Tarifbezirk aus. Auch für den Bezirk Südwürttemberg-Hohenzollern (wo ebenfalls die Urabstimmung stattgefunden hatte, aber noch nicht gestreikt wurde) wurde die Aussperrung angekündigt, die jedoch erst am 4. Mai in Kraft trat.

In dieser Situation, die die Solidarität aller Metallarbeiter erfordert hätte, ließ die IGM-Führung die auch in Nordrhein-Westfalen angelaufenen Streikvorbereitungen einstellen.

Am 6. Mai kam es so "unter Vermittlung" des CDU-Wirtschaftsministers zu einem Abschluß, der eine Lohnerhöhung von ganzen 5 % erbrachte.

Die KPD kommentierte den Streikkampf der Metallarbeiter Baden-Württembergs als "die größte Klassenschlacht in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung" (Max Reimann in "Wissen und Tat", theoretisches Organ der KPD, Nr. 7/8 1963, S. 4). Das war offenkundig übertrieben, wie die KPD überhaupt zu einer sehr optimistischen Fehleinschätzung des Kampfes neigte: "Der Metallarbeiterstreik hat einen neuen Abschnitt im Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung gegen die Profitmacherei der Monopole und ihre Rüstungspolitik eingeleitet" (Max Reimann, wie oben).

Indessen hatte die Streikbewegung nach 1963 in den folgenden drei Jahren 1964-66 den bis dahin niedrigsten Stand seit Gründung der BRD. In keinem dieser Jahre gab es mehr als 50 000 Streiktage (Tiefstand 1964 mit 16 711 Tagen).



40 000 Metallarbeiter auf der Kundgebung der IG Metall in Mannheim am 10. April 1963

Mitte April fanden nach Scheitern aller Verhandlungen Urabstimmungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg statt, die klare Zustimmung von 83,6 bzw. 87,29 % der Metallarbeiter zum Streik ergaben.

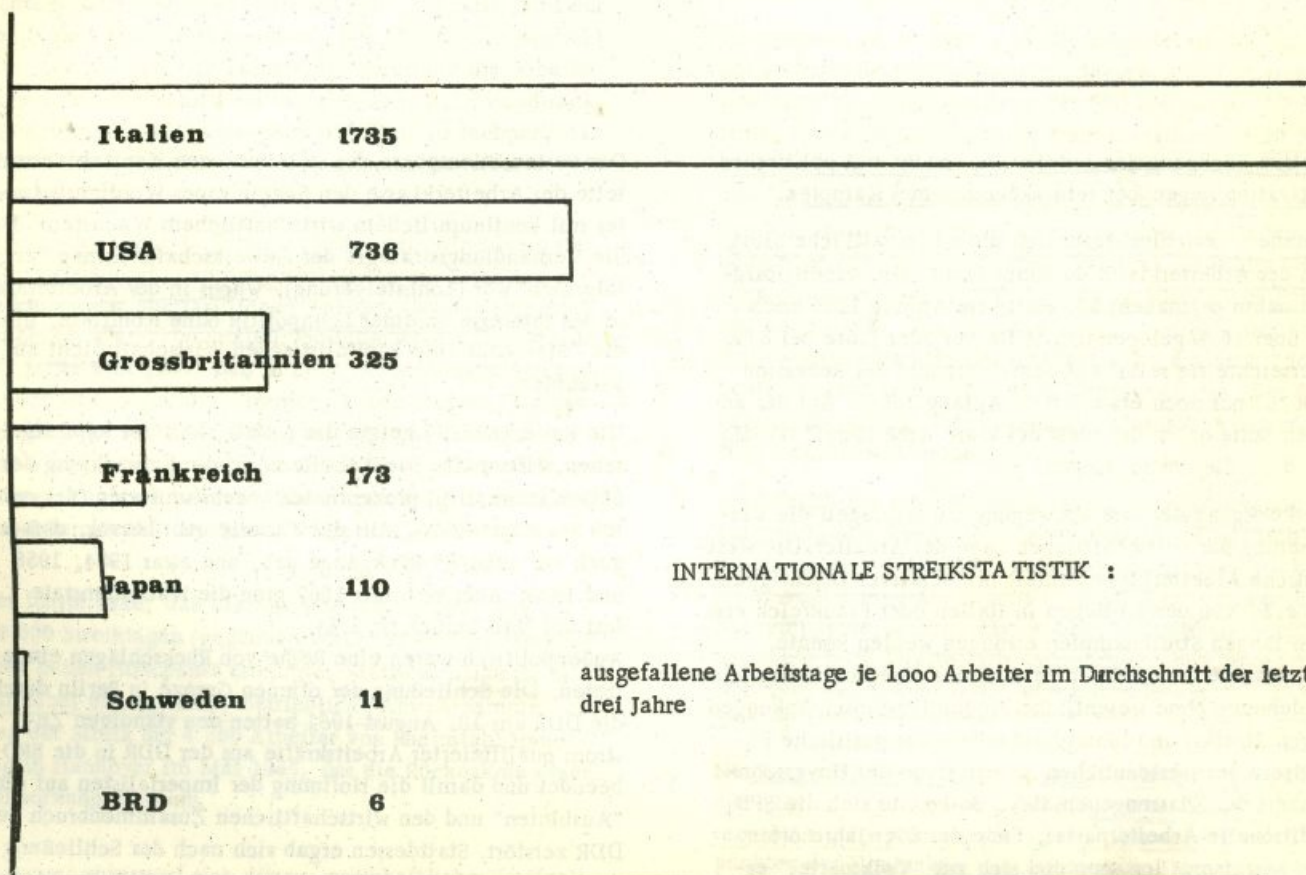
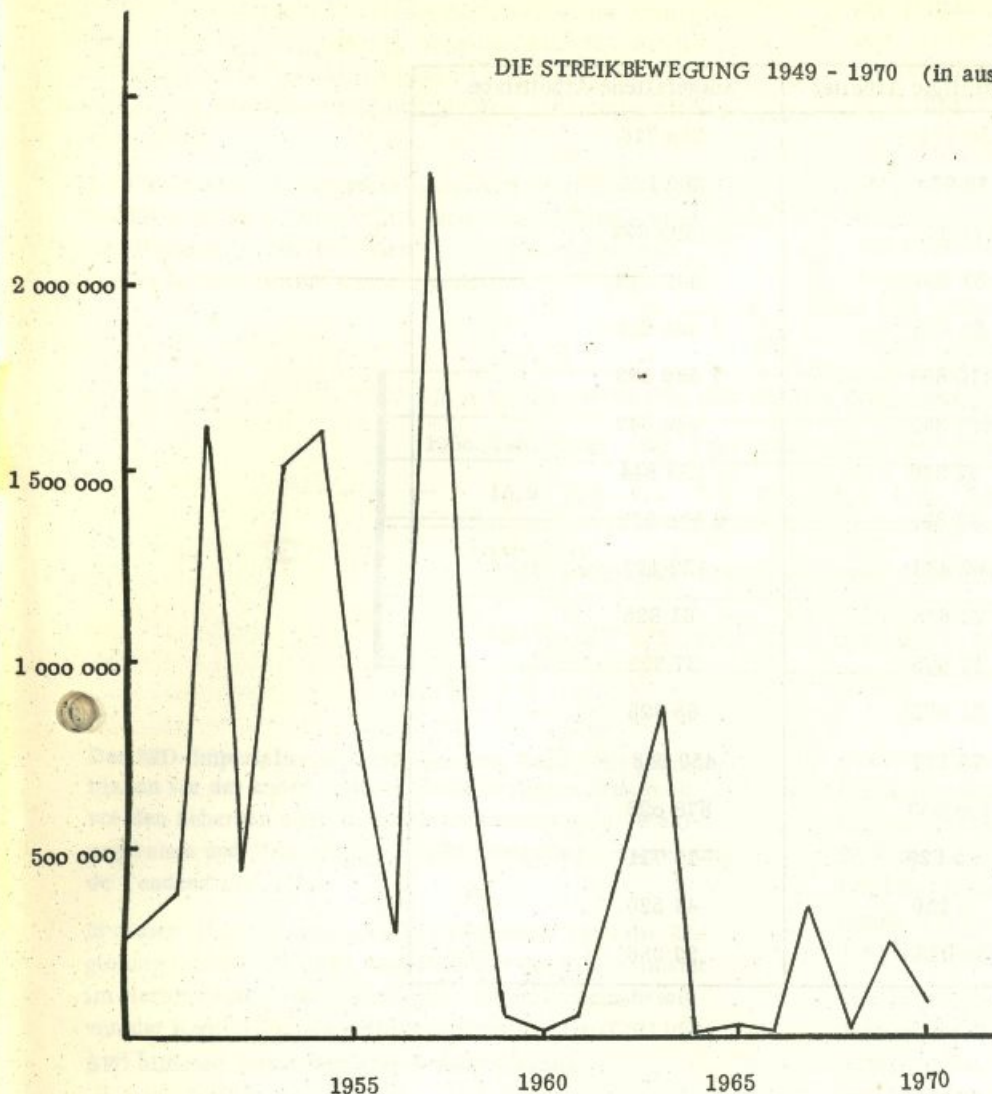
Am 29. April begann die IG Metall den Streik, jedoch nur im Tarifbezirk Nordwürttemberg-Nordbaden (Baden-Württemberg besteht aus zwei Tarifbezirken) und hier

Betrachtet man nun die gesamte Streik-Statistik 1949-66, so fallen zunächst die erheblichen Schwankungen ins Auge, die wir als Ausdruck des spontanen Charakters der Arbeiterbewegung der BRD verstehen.

Insgesamt zeigt die Statistik aber - mit Unterbrechung des Jahres 1957 - eine eindeutige absteigende Tendenz, d.h. die Zahl der Streiktage wird auf den Hoch- und Tiefpunkten der Streikbewegung immer niedriger. Dazu kommt der



DIE STREIKBEWEGUNG 1949 - 1970 (in ausgefallenen Arbeitstagen durch Streik)



INTERNATIONALE STREIKSTATISTIK :

ausgefallene Arbeitstage je 1000 Arbeiter im Durchschnitt der letzten drei Jahre



| Jahr | betroffene Betriebe | beteiligte Arbeiter | ausgefallene Arbeitstage |
|------|---------------------|---------------------|--------------------------|
| 1949 | 892                 | 58 184              | 270 716                  |
| 1950 | 1344                | 79 270              | 380 121                  |
| 1951 | 1528                | 174 325             | 1 592 892                |
| 1952 | 2529                | 84 097              | 442 877                  |
| 1953 | 1395                | 50 625              | 1 488 218                |
| 1954 | 538                 | 115 899             | 1 586 523                |
| 1955 | 866                 | 597 353             | 846 647                  |
| 1956 | 268                 | 25 340              | 263 844                  |
| 1957 | 84                  | 33 890              | 2 320 927                |
| 1958 | 1484                | 202 483             | 782 123                  |
| 1959 | 55                  | 21 648              | 61 825                   |
| 1960 | 28                  | 17 065              | 37 723                   |
| 1961 | 119                 | 21 052              | 65 825                   |
| 1962 | 195                 | 79 177              | 450 948                  |
| 1963 | 187                 | 100 853             | 878 026                  |
| 1964 | 34                  | 5 629               | 16 711                   |
| 1965 | 20                  | 6 250               | 48 520                   |
| 1966 | 205                 | 196 013             | 27 086                   |

relative Rückgang des Anteils von Streiks mit politischer Motivation gegenüber rein ökonomischen Kämpfen.

Trotzdem verschlechterte sich die wirtschaftliche Situation der Arbeiterklasse durchaus nicht. Die Arbeitslosigkeit nahm permanent ab. Hatte sie Anfang 1950 noch bei über 10 % gelegen und Mitte der 50er Jahre bei 5 %, so erreichte sie selbst auf dem Tiefpunkt der Rezession 1966/67 nur noch etwa 3,2 % (Anfang 1968). Auf der anderen Seite nahm der Preis der Ware Arbeitskraft ständig zu, d.h. die Löhne stiegen.

Der Rückgang der Streikbewegung widerspiegelt die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Die westdeutsche Arbeiterklasse erhielt mit relativer Leichtigkeit, was z.B. von den Kollegen in Italien oder Frankreich erst nach langen Streikkämpfen errungen werden konnte. Das erlaubte dem BRD-Imperialismus eine kontinuierliche Ausdehnung ohne wesentliche Produktionsbeschränkungen (durch Streiks) und lähmte außerdem das politische Bewußtsein der westdeutschen Arbeiter von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze. So konnte sich die SPD, traditionelle Arbeiterpartei, Ende der 50er Jahre offen vom Marxismus lossagen und sich zur "Volkspartei" erklären - ein Weg, der 1966 konsequent in die Große Koalition mit Kiesinger und Strauß führte.

Die Restaurationsphase des westdeutschen Kapitals vermittelte der Arbeiterklasse den Schein eines Wohlfahrtsstaates mit kontinuierlichem wirtschaftlichem Wachstum. Da die Verhandlungsstrategie der Gewerkschaftsführung "erfolgreich" war (Lohnsteigerung), wuchs in der Arbeiterklasse das Interesse an einer Lohnpolitik ohne Konflikte, um die "Stabilität" der kapitalistischen Wirtschaft nicht zu gefährden.

Die Krise 1966/67 zeigte die Anfälligkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die Tabelle zeigt die Entwicklung der BRD-Wirtschaft in prozentualen Wachstumsraten (des realen Sozialprodukts). Aus der Tabelle geht hervor, daß es auch vor 1966/67 Rückgänge gab, und zwar 1954, 1958 und 1963. Aber erstmals 1967 ging die Wachstumsrate fast auf Null zurück (0,2 %).

Außenpolitisch waren eine Reihe von Rückschlägen eingetreten. Die Schließung der offenen Grenze in Berlin durch die DDR am 13. August 1961 hatten den ständigen Zustrom qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR in die BRD beendet und damit die Hoffnung der Imperialisten auf ein "Ausbluten" und den wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR zerstört. Stattdessen ergab sich nach der Schließung der offenen Grenze 1961 ein hohes wirtschaftliches Wachstum in der DDR.



Der Plan des BRD-Imperialismus zu einer "Achse Bonn - Paris" hatte sich zerschlagen, besonders nachdem Frankreich der NATO den Rücken gekehrt und eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den Staaten Osteuropas eingeleitet hatte.

Das Streben der BRD-Imperialisten nach "eigenen" Atom-Waffen hatte sich nicht erfüllt und auch die Pläne einer europäischen "multi-lateralen" Atom-Streitmacht mit westdeutschem Einfluß waren gescheitert.

| DIE WACHSTUMSRATEN DES REALEN SOZIALPRODUKTS |      |      |      |      |      |      |      |      |      |      |  |
|----------------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|--|
| 1950                                         | 1951 | 1952 | 1953 | 1954 | 1955 | 1956 | 1957 | 1958 | 1959 | 1960 |  |
| --                                           | 10,9 | 9,0  | 7,9  | 7,2  | 12,0 | 7,0  | 5,8  | 3,3  | 6,9  | 8,8  |  |
| 1961                                         | 1962 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1967 | 1968 | 1969 | 1970 |      |  |
| 5,4                                          | 4,1  | 3,5  | 6,6  | 5,6  | 2,3  | 0,2  | 7,6  | 8,4  | 4,5  |      |  |

Der BRD-Imperialismus stand also zum Ende 1966 gleichermaßen vor der ersten tieferen Wirtschaftskrise wie auch vor den Scherben einer aggressiven Außenpolitik. Wahlergebnisse und "Meinungsumfragen" zeigten eine wachsende Tendenz zur SPD.

In dieser Situation wurde Anfang Dezember 1966 die Regierung Erhard, die nach dem Rücktritt der FDP-Minister im Herbst keine parlamentarische Mehrheit mehr besaß, von der Kapitalistenklasse fallengelassen. CDU/CSU und SPD bildeten zusammen eine neue Regierung.

Der wirtschaftliche Abschwung hielt zunächst an und erreichte seinen Tiefpunkt erst Ende 1967. Lag die Zahl der Arbeitslosen Ende 1966 immerhin bei 310 000, so ein Jahr später bei 530 000. Im Januar 1968 erreichte die Arbeitslosigkeit einen Höchststand mit 670 000 (3,2 %) und sank dann kontinuierlich. Außerdem ist damit zu rechnen, daß während der Krise über 500 000 ausländische Arbeiter entlassen wurden.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verschlechterte sich weiterhin dadurch, daß die Kapitalisten die Situation zur Streichung von übertariflichen Zulagen (Weihnachtsgeld, Treueprämie etc.) benutzten. So schätzte die IG-Metall z. B. Mitte Mai 1967, daß in 80 % der norddeutschen Metall-Betriebe (Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) seit Ende 1966 übertarifliche Zulagen gekürzt worden waren, was eine Lohnkürzung bis zu 5 % bedeutete. Zugleich betrieben die Kapitalisten in der Krise eine außerordentliche harte Tarifpolitik.

Dies führte dazu, daß die Streikbewegung 1967 mit 330 000 Streiktagen (gegenüber kaum 30 000 im Vorjahr) einen neuen Höhepunkt erreichte. Meistens handelte es sich dabei um spontane, betriebliche Abwehrkämpfe, wie etwa der Streik der 4 500 Arbeiter von Rheinstahl Hannomag in Hannover im Mai 1967, der die Rücknahme einer Lohnkürzung erzwang.

Insgesamt unterwarf sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik dem "Krisen-Management" des kapitalistischen Staa-

tes. Hatten 1966 die Lohnerhöhungen bei etwa 6 % gelegen, so 1967 bei 2,8 % und 1968 bei 4,5 % - während die Profite der Kapitalisten in derselben Zeit um über 20 % stiegen.

Ein Höhepunkt der Tarifbewegung 1967 war der Streik der 15 000 Arbeiter der hessischen Gummi-Industrie. Die Ausgangsforderung der IG-Chemie von 10 % wurde von den Kapitalisten abgelehnt. In einer Urabstimmung entschieden sich 93 % der Arbeiter für den Streik, der im

November eine Woche lang geführt wurde. Ausgehandelt wurde schließlich eine 5 %ige Lohnerhöhung.

Fast gleichzeitig entschieden sich in einer Urabstimmung 88 % der hessischen Metallarbeiter für einen Streik. Die IG-Metall blies jedoch in letzter Minute den Streik ab und schloß mit einer Erhöhung der Ecklöhne von 3,49 auf 3,61 DM ab.

Streikankündigungen gab es Ende November 1967 auch im Bereich der ÖTV. Eine Urabstimmung ergab eine Zustimmung von 94,6 % für einen Streik. Im Bereich der DAG sprachen sich 80 % für Streik aus. Wenige Tage nach der Urabstimmung schloß die ÖTV zu 3,5 % ab.

Schließlich gab es 1967 noch die Kämpfe der Bergarbeiter des Ruhrgebiets gegen Zechenstillegungen und Massenentlassungen als Folge der Krise des BRD-Bergbaus. Höhepunkt dieses Kampfes war die Demonstration von 20 000 Bergarbeitern in Dortmund/Huckarde am 21. Oktober. Rote Fahnen und der Gesang der "Internationale" jagten den Kapitalisten und ihren Knechten einen gehörigen Schrecken ein. BILD notierte: "Brennt es im Ruhrgebiet? Zum ersten Mal seit 35 Jahren flattern wieder rote Fahnen an der Ruhr. Die Unzufriedenheit wächst". Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn erklärte: "Schon heute herrscht an der Ruhr eine Vertrauenskrise. Der Radikalismus wächst. Der Kohlenpott kann schon morgen zum Hexenkessel werden."

1968 folgte ein scharfer Rückgang der Streikbewegung auf nur 25 000 Streiktage. Die Wirtschaft befand sich in einem neuen Aufschwung, der zunächst hauptsächlich auf einer Ausdehnung des Exports beruhte. Die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse durch Lohnabbau sicherte besonders hohe Profite. Die Lohnsteigerungen bewegten sich 1968 bei 4,5 %, während die Profite um über 20 % stiegen.

Nun trat 1969 etwas Neues in der Arbeiterbewegung in der BRD ein. Ein Blick auf die Streikstatistik zeigt, daß regelmäßig die Höhepunkte der Streikbewegung mit Tiefpunkten der Konjunktur zusammenfielen (kleine Verschiebung 1957/58), während Höhepunkte der Konjunktur mit



Tiefpunkten der Streikbewegung zusammenfielen (kleine Verschiebung 1955/56).

1969 aber fiel der Höhepunkt des Konjunktur-Zyklus mit einem Wiederaufschwung der Streikbewegung (250 000 Tage gegenüber 25 000 im Vorjahr) zusammen.

Das System der gewerkschaftlichen Tarifpolitik hatte versagt. In ihrer Gier, möglichst hohe Profite zu machen und den Lohn möglichst niedrig zu halten, hatten die Kapitalisten den Bogen überspannt. In der Metallindustrie waren Abschlüsse zustande gekommen, die in einem krasen Mißverhältnis zur Kampfentschlossenheit der Arbeiter standen.

Es kam zu den Septemberstreiks, die von den Hoesch-Arbeitern ausgingen und zahlreiche Metallbetriebe, aber auch Betriebe des Bergbaus erfaßten.

In die Tarifrunde 1970 ging die IGM-Führung mit der bis dahin einmaligen Forderung einer 15 %igen Lohnerhöhung. Zahlreiche, aber kurze Warnstreiks dienten dem "Dampf-ablassen", bevor Abschlüsse zwischen 10 und 12 % zustande kamen. Die Zahl der Streiktage sank auf 93 000.

Untersuchen wir nun den gesamten Konjunktur-Zyklus 1966-70, so ergibt sich eine Steigerung der Löhne und Gehälter um insgesamt 40,6 % und der Gewinne und Vermögenserträge um 42,2 % (nach einer Schautafel der "Nürnberger Nachrichten" vom 13. August 71). Insgesamt haben die Kapitalisten also immer noch die Nase vorn - die relativ günstigen Tarifabschlüsse 1969 und 1970 haben den "Nachholbedarf" der Jahre 1967 und 1968 nicht voll gedeckt.

Der politische Kampf dieser Jahre ist geprägt durch die Entwicklung der Studentenrevolte. Spektakuläre Höhepunkte waren die antiimperialistischen Demonstrationen vom 2./3. Juni in Westberlin und Hamburg (die in der Folge breite studentische Massen in den Kampf einbezogen) und die Demonstrationen gegen den Springer-Konzern nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke zu Ostern 1968.

Die Zahlen des Bundesinnenministerium über die Festgenommenen zeigen, daß es nicht richtig ist, von einer reinen Studenten-Aktion zu sprechen. Von 827 Festgenommenen waren 286 Studenten und 92 Schüler gegenüber 185 Angestellten und 150 Arbeitern. Dennoch hatten die Osterereignisse 1968 mit der Arbeiterbewegung nicht das Geringste zu tun.

In größerer Zahl beteiligten sich Arbeiter am Kampf gegen die Notstandsgesetze im Mai/Juni 1968. Vor allem in hessischen Betrieben kam es zu einzelnen Warnstreiks. Insgesamt erreichte aber der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung nicht entfernt Ausmaß und Schärfe der politischen Kämpfe der 50er Jahre.

Die Kommunistenverfolgung lockerte sich infolge der Studentenrevolte und im Zuge der "neuen Ostpolitik" seit 1967 ganz erheblich. Der Gründung der SDAJ am 4. Mai 1968 folgte die Gründung der DKP im Herbst des Jahres. Am 31. Dezember schließlich wurde mit der "KPD/ML" die erste der "links"sektiererischen Gruppen mit Parteianspruch gegründet.

Damit war für eine kommunistische Bewegung ein Spielraum entstanden, wie er seit 1956 nicht mehr bestanden hatte. Die Grundsätze des Marxismus/Leninismus, einschließlich der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, konnten offen propagiert werden, während zuvor schon radikaldemokratische Äußerungen ein Verfolgungsgrund waren.

Die Kapitalistenklasse duldet die Kommunisten nur solange, wie sie sektiererisch und isoliert, schwach und wirkungslos bleiben. Es ist bezeichnend, daß für die Verbotsdrohungen gegen die DKP (deren Gründung 1968 durchaus gutgeheißen worden war) nicht etwa eine politische Radikalisierung dieser Partei angeführt wird, (in Wahrheit rückt die DKP immer weiter nach rechts!) sondern schlichtweg deren wachsende Mitgliederzahl als Verbots-Motiv angegeben wird.

1969 wurde nach der Bundestagswahl im Frühjahr die SPD von der Bourgeoisie mit der Regierungsbildung beauftragt. Das war vom Stimmen-Verhältnis her keine Notwendigkeit. Immerhin hatten die Rechtsparteien CDU/CSU und NPD zusammen über 50 % der Stimmen erhalten. Eine Koalition der CDU/CSU mit der FDP wäre möglich gewesen. Das Wahlergebnis ließ alle Konstellationen - Rechtskoalition, "Links"Koalition oder Neuaufgabe der Großen Koalition - zu.

Die SPD brachte die "Neue Ostpolitik", die in den zwei Jahren der Großen Koalition nur kleine Fortschritte gemacht hatte, zu raschen Abschlüssen (Verträge von Moskau und Warschau, Westberlin-Abkommen). Innenpolitisch konnte die SPD durch ihre enge Verflechtung mit der Gewerkschaftsbürokratie die Lage im Sinne der Kapitalisten "stabilisieren" und die Lohnbewegung auf die "Lohnleitlinien" zurückdrängen.

Rückblickend ist zu sagen, daß die Kapitalisten ihren schwächsten Zeitpunkt während des laufenden Konjunkturzyklus in den zwei Jahren von Herbst 1967 bis Herbst 1969 hatten (Bergarbeiter, spontane Kämpfe gegen Lohnkürzung und Entlassungen, Studenten-Revolte, Durchsetzung der Notstandsgesetze, Septemberstreiks). Diese Etappe wurde mit der Bildung der SPD/FDP-Regierung im wesentlichen abgeschlossen.

Gegenwärtig befinden sich die Kapitalisten ganz entschieden in der Offensive. So, wie sie den Arbeitern die Ergebnisse ihrer ökonomischen Kämpfe 1969/70 jetzt durch enorme Preissteigerungen und niedrige Tarifabschlüsse wieder aus der Tasche ziehen, so greift die Kapitalistenklasse auch die demokratischen Rechte der Arbeiter an. Besonderen Angriffen sind zur Zeit die 1968/69 entstandenen revolutionären und radikalreformistischen Organisationen des Proletariats ausgesetzt. Die Erfahrung lehrt aber, daß es wieder einmal um einen Angriff auf die Arbeiterbewegung insgesamt geht, ebenso wie beim KPD-Verbot 1956.



# AUF DEM MARSCH IN DIE KRISE

Der Krieg 1939-45 und seine Folgen veränderten grundlegend das Kräfteverhältnis in der Welt.

Zum einen wurde das imperialistische Lager insgesamt geschwächt durch die Revolutionen in Osteuropa und China sowie durch den Prozess der Entkolonialisierung. Dieser traf in erster Linie Frankreich und Großbritannien. Innerhalb des imperialistischen Lagers vollzog sich gleichzeitig eine Kräfteverschiebung. Die USA erhielten eine eindeutige Führungsrolle unter den imperialistischen Staaten.

Die Widersprüche zwischen den Imperialisten stellen das entstandene Kräfteverhältnis permanent in Frage, und namentlich in der Krise kommt es zum Ausbruch offener Konflikte zwischen den Imperialisten.

"Wir befinden uns derzeit in einer Phase der allgemeinen Auflösung der imperialistischen Machtkonstellation nach dem 2. Weltkrieg, deren Wesensmerkmal die imperialistische Vormachtstellung der USA war. Die Krise des US-Imperialismus, die politische und militärische Niederlage in Indochina und die ökonomische Krisenentwicklung des US-Kapitals sind der Ausgangspunkt dieser Entwicklung, die derzeit ihren fortgeschrittensten Ausdruck in der Krise des Weltwährungssystems findet. Die Verbündeten sind von dieser Entwicklung einerseits betroffen, denn die Auswirkungen der Krise des US-Kapitals greifen auf die verbündeten imperialistischen Länder vermittelt der Krise des bisher vom Dollar beherrschten Weltwährungssystems über.

Andererseits bedeutet die Krise des US-Imperialismus für sie die Chance und Notwendigkeit, den eigenen Machtbereich gegenüber dem US-Imperialismus auszuweiten..." (NEUES ROTES FORUM, Heidelberg, Okt. 71, S. 3)

Die USA verzeichneten 1970 erstmals seit der Weltwirtschaftskrise von 1929-32 einen wirtschaftlichen Rückgang. 1971 ist die Handelsbilanz der USA erstmals passiv (Importe größer als Exporte). Die Inflationsrate des Dollars liegt bei über 7 % jährlich, bei einer Auslandsverschuldung von über 40 Milliarden Dollar. Über 5 Millionen Menschen (mehr als 6 %) sind ständig arbeitslos.

Die Maßnahmen der US-Regierung zur Eindämmung der

Wirtschaftskrise sollen teils auf Kosten der amerikanischen Arbeiter gehen (Lohnstop, Steuererleichterungen für Kapitalisten), teils auf Kosten anderer imperialistischer Länder, d.h. der Arbeiter dieser Länder (10%ige Importsteuer, Aufhebung der Austauschbarkeit des Dollars in Gold). Diese Maßnahmen kommen in einer Situation, wo nicht nur der US-Imperialismus, sondern das gesamte imperialistische Lager in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahren steckt.

Die folgenden drei Tabellen zeigen die jährliche Steigerung der Industrieproduktion, die Arbeitslosigkeit und die Inflationsraten für die wichtigsten Industrieländer in Prozent.

Die Arbeitslosigkeit lag Mitte Oktober dieses Jahres in den zehn wichtigsten kapitalistischen Ländern bei etwa 9 Millionen Menschen, das sind durchschnittlich 3,7 %. Zum Vergleich: die Arbeitslosigkeit in der BRD lag auf dem Tiefpunkt der Rezession 1966/67 bei 3,2 %. Gegenüber 1970 ist damit die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr um über 20 % gestiegen.

Den traurigen "Rekord" halten Kanada und die USA mit 6-7 %. In Europa "führt" Italien mit einer Arbeitslosenrate von 5,4 % vor Großbritannien mit 3,6 % und Frankreich mit 1,6 %. Die Arbeitslosigkeit in der BRD liegt bei 1 %. Auch Japan befindet sich in einem wirtschaftlichen Abschwung.

Jede Maßnahme, die die Imperialisten zur Behebung ihrer eigenen Krise durchführen, vertieft die Krise in einem anderen Land. So rechnen die italienischen Kapitalisten z.B. auf weitere Produktionsrückgänge als Folge der US-Währungsmaßnahmen und damit Arbeitslosigkeit von weiteren 180 000 Menschen (z. Z. 1,06 Millionen). Weitere zehntausende italienischer Arbeiter werden wahrscheinlich als Folge der westdeutschen Wirtschaftskrise ihren Arbeitsplatz in der BRD verlieren und in die Heimat zurückkehren.

Im Rahmen der EWG werden Pläne geschmiedet, die Krise übernational zu lösen. Diese Pläne laufen letzten Endes auf eine Nivellierung des wirtschaftlichen Niveaus innerhalb der EWG hinaus.

**Jährliche Steigerung der Industrieproduktion in den wichtigsten kapitalistischen Ländern**

|                    | 6 Prozent |
|--------------------|-----------|
| 1960/66            | 2         |
| 1967               | 7         |
| 1968               | 6         |
| 1969               | 4         |
| 1970               | 2         |
| 1970 (2. Halbjahr) | 2         |

**Arbeitslosigkeit in den wichtigsten kapitalistischen Ländern**

|                    | 3 Prozent |
|--------------------|-----------|
| 1960/66            | 3         |
| 1967               | 3         |
| 1968               | 3         |
| 1969               | 3         |
| 1970               | 4         |
| 1970 (2. Halbjahr) | 4 1/2     |

**Inflationsraten für 1971**

|                | 6 Prozent |
|----------------|-----------|
| Großbritannien | 5 1/2     |
| Bundesrepublik | 5 1/2     |
| Italien        | 5 1/4     |
| Japan          | 4 1/4     |
| Frankreich     | 4         |
| USA            | 4         |



So sind jetzt erstmals "Leitlinien für die allgemeine Orientierung" der Wirtschaftspolitik der EWG-Staaten beschlossen worden:

- Senkung der Preissteigerungen auf 3-3,5% bis Ende 1972
- Begrenzung der Lohnerhöhungen auf etwa 6% jährlich.

Die westeuropäischen Kapitalisten bemühen sich, eine einheitliche wirtschaftliche Strategie gegenüber den Arbeitern einerseits und gegenüber dem US-Imperialismus andererseits zu entwickeln.

Daneben wird die militärische Planung im Rahmen der NATO fortgeführt, mit dem Ziel der Schaffung einer schlagkräftigen konterrevolutionären europäischen Streitkraft. So bestehen differenzierte Pläne für Militärputsche, wie sie in Griechenland durchgeführt und in Italien vorbereitet wurden. So wurden besondere Einheiten der NATO nach Norditalien verlegt, angeblich, um dort stationierte Atomraketen zu schützen, in Wahrheit aber gegen das Proletariat des "Industriedreiecks" (Mailand-Turin-Genua).

Obwohl die NATO angeblich "die Freiheit verteidigen" soll, sind gegenwärtig schon in drei NATO-Ländern (Portugal, Griechenland und Türkei) rechtsgerichtete Militärdiktaturen an der Macht.

Von den in der BRD getroffenen bzw. vorbereiteten Maßnahmen scheinen uns die wichtigsten:

- die Notstandsgesetze von 1968
- die Umstrukturierung des "Bundesgrenzschutz" als Bürgerkriegsarmee
- die Notstandsübungen in Zusammenhang mit der "Baader-Meinhof-Gruppe" und der Ausbau des Polizei-Apparates
- das Verbot konsequenter Organisationen der Arbeiterklasse, das zur Zeit propagandistisch und technisch vorbereitet wird
- die überproportionale Erhöhung des Rüstungshaushaltes (+ 11 %) und die Durchführung einer Mobilmachungübung 1972

## Besteht die Gefahr eines neuen Faschismus ?

Bekanntlich halten wir die Gefahr eines neuen Faschismus, nicht nur für die BRD, für aktuell. Diese Einschätzung hat mancherlei Widerspruch hervorgerufen. So schrieben die Genossen vom KB/ML Westberlin:

"Wir sehen uns einer ahistorischen Betrachtung des Faschismusproblems gegenüber, die die einschneidenden Veränderungen der Klassenstruktur in der BRD unberücksichtigt läßt:

die mögliche Massenbasis einer faschistischen Bewegung ist mit den traditionellen Mittelklassen des Kleinbürger- und Bauerntums im Schwinden begriffen aufgrund der objektiven kapitalistischen Entwicklung.

Die Entwicklung des Staatsapparates, der bürgerlichen Parteien, der enormen Internationalisierung des Kapitals und die relative Stärkeposition der Bourgeoisie in der BRD zeigen uns, daß die Kapitalistenklasse auf absehbare Zeit die parlamentarische Form der bürgerlichen Diktatur nicht aufgeben wird und sich dennoch die zum Kampf gegen die Arbeiterklasse und zur Zerschlagung kommunistischer Organisationen notwendigen staatlichen Unterdrückungsinstrumente schaffen wird...."

(Stellungnahme zur 1. Hamburger Konferenz.)

Die Genossen vom Heidelberger NEUEN ROTEN FORUM schließen sich dieser Einschätzung an. Als weiteres Argument erwähnen sie - unter Heranziehung Mandel's - in einer Fußnote: "Es ist zur Zeit nicht anzunehmen, daß die imperialistischen Widersprüche enge imperialistische

Bündnisse wie z.B. die sog. europäische Integration ausschließen. Solche engen imperialistischen Bündnisse, wenn sie nicht auf reiner Unterordnung basieren, sind derzeit nicht unter faschistischen Formen der Diktatur einer nationalen Bourgeoisie möglich. (NRF, Okt. 71, S. 3). (Welchen Sinn die Kategorie der "nationalen Bourgeoisie" überhaupt für die imperialistischen Länder haben soll, bleibt zweifelhaft.)

Die Frage der faschistischen Gefahr entscheidet sich für uns an der Einschätzung der kommenden Klassenkämpfe. Unter der Voraussetzung, daß diese Klassenkämpfe keinen qualitativen Sprung erleben (ein solcher Sprung war u. E. der französische Mai 1968!) und die Kontrolle der sozialdemokratischen und revisionistischen Parteizentralen über die Arbeiterklasse relativ stabil bleibt, scheint die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie einigermaßen wahrscheinlich.

Wenn wir dagegen von der faschistischen Gefahr reden, so deshalb, weil wir von einer raschen Verschärfung der Widersprüche ausgehen, die in durchaus absehbarer Zeit umfangreiche Klassenkämpfe auslösen wird. Es reicht z. B., sich die Arbeitslosigkeit in Italien, die Verrottung des Südens, die Wohnungsnot und auf der anderen Seite den Stand der Arbeiterbewegung Italiens vor Augen zu halten, um einzuschätzen, daß diese Lage der Dinge zur Explosion treibt.



# Kann der Faschismus eine Massenbasis gewinnen ?

Niemand ist so blind, wie einer, der nichts sehen will. Die Genossen konstatieren das Verschwinden der "alten Mittelschichten" (die sie nicht ganz zu Recht für die traditionelle Massenbasis des Faschismus halten), übersehen aber das Anwachsen der "neuen Mittelschicht" (Angestellte, technische Intelligenz u. a.) als mögliche Basis eines neuen Faschismus.

Die traditionelle "Leistung" des Faschismus besteht darin, verschiedene Teile und Schichten des Volkes zum Kampf gegen die Arbeiterbewegung zu mobilisieren. Dies waren im Falle des alten Faschismus u. a. ausgeflippte Berufssoldaten, Studenten, Kleinbürger am Rande des Bankrott; Söhne von Kleinbauern ohne Perspektive oder arbeitslose Angehörige des lohnabhängigen Mittelstandes.

Lenin gab das Konzept des zaristischen Polizeidirektors Lopuchin mit folgenden Worten wieder:

"Als es keine wirkliche revolutionäre Volksbewegung gab, als der politische Kampf noch nicht mit dem Klassenkampf zu einem Ganzen verbunden war, da genüigten, weil es nur um einzelne Personen und Zirkel ging, bloße Polizeimaßnahmen. Gegen Klassen erwiesen sich diese Maßnahmen als bis zur Lächerlichkeit wirkungslos, und die Unzahl der Maßnahmen begann zu einem Hemmnis für die Arbeit der Polizei zu werden.... Gegen die Volksrevolution, gegen den Klassenkampf kann man sich nicht auf die Polizei stützen, man muß sich ebenfalls auf das Volk, ebenfalls auf Klassen stützen...

Man muß die nationale Zwietracht, die Rassenzwietracht schüren, man muß aus den Reihen der am wenigsten aufgeklärten Schichten der städtischen (und später selbstverständlich auch der ländlichen) Kleinbourgeoisie "Schwarzhundertschaften" rekrutieren, man muß versuchen, alle reaktionären Elemente

in der Bevölkerung selbst zur Verteidigung des Thrones zusammenzuschließen, man muß den Kampf der Polizei gegen Zirkel in einen Kampf des einen Teils des Volkes gegen den anderen Teil des Volkes verwandeln..." (zitiert bei Lenin, Bd. 8, S. 193).

Soweit die Gedanken jenes zaristischen Polizei-Chefs. Und in der Tat sind so die Faschisten verfahren.

Welche Widersprüche im Volke kommen dafür in Frage? Leider sind diese Widersprüche sehr zahlreich. Nämlich solche der Rasse ("Schwarz und Weiß" in USA oder Südafrika), der Nationalität (z. B. "Gastarbeiter"), der unterschiedlichen Entwicklung (Nord-Süd in Italien), des Gegensatzes zwischen dem Proletariat der kapitalistischen Länder und den Völkern der "dritten Welt", der Religion (Nordirland) u. a. m. In allen diesen Fällen ist ein tendenziell faschistisches Verhalten privilegierter Teile des Volkes gegenüber den Unterprivilegierten festzustellen, das bei einer Verschärfung der Widersprüche (Konkurrenz um den Arbeitsplatz etc.) ohne weiteres handgreiflich mobilisierbar wäre.

In Frankreich signalisierte die Mobilisierung einiger hunderttausend Demonstranten im Zeichen von "Ruhe und Ordnung", im Zeichen der Reaktion und des Chauvinismus, zusammen mit dem Aufmarsch konterrevolutionärer "Elite-Truppen" rund um Paris diese Perspektive der Entwicklung.

Daß die Dinge nicht weitertrieben, daß die französische Bourgeoisie im Rahmen des Parlamentarismus ihre Macht retten konnte, lag in erster Linie am Zustand der Arbeiterbewegung, die fest unter Kontrolle der revisionistischen Partei und Gewerkschaft blieb. Verliert aber diese Kontrolle ihre Wirksamkeit - und die Verschärfung der Widersprüche wird dazu führen - so sind weit härtere Formen des Klassenkampfes unvermeidlich.



Die Arbeiterzeitung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES erscheint monatlich

# Arbeiterkampf

Preis -.50

zu beziehen durch ARBEITERBUCH, Hamburg 13, Grindelhof 45



# Die Lehren des französischen Mai '68

Die Ereignisse vom Mai/Juni 1968 waren der größte Massenkampf europäischer Arbeiter seit mehreren Jahrzehnten. Kaum jemand hatte einen derartigen Kampf in einem hochentwickelten imperialistischen Land für möglich gehalten. Dieser Kampf kann für unsere Einschätzung der Entwicklung (Faschismus-Frage, "friedlicher Übergang", "demokratische Erneuerung", bewaffneter Aufstand) eine Reihe wichtiger Hinweise geben.

Betrachten wir zunächst den historischen Verlauf der Ereignisse:

Mit dem Kampf der Studenten für eine demokratische Hochschulreform, der Anfang Mai zu heftigen Kämpfen mit der Polizei führte, solidarisierten sich große Teile der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung. Die Gewerkschaften sahen sich zu einem 24stündigen Generalstreik und Protestdemonstrationen am 13. Mai veranlaßt, um der Solidarität mit den Kampfforderungen der Studenten Ausdruck zu verleihen. Erstmals demonstrierten 800 000 Arbeiter, Angestellte und Studenten in Paris.

Beabsichtigt war von den Gewerkschaften eine Demonstration der Solidarität mit den Studenten, nicht jedoch eine Demonstration gegen die Bourgeoisie und ihre Regierung für wirtschaftliche und politische Interessen der Arbeiter.

Der reale Klassenkampf entzog sich wieder einmal den Vorstellungen der reformistischen Berufs-Abwiegler. Drei Tage nach dem Generalstreik besetzten die Arbeiter der Flugzeugwerke Sudaviation in Nantes die Fabrik. Spontane Fabrik-Besetzungen breiteten sich aus.

Am 19. Mai befanden sich über 2 Millionen im Streik, am 20. Mai fünf Millionen, am 22. Mai acht Millionen, schließlich über zehn Millionen.

Es war eine spontane, unorganisierte Massenbewegung. Die Gewerkschaften taten nichts für den Streik, versuchten allerdings auch nicht, sich ihm entgegenzustellen. Die aufgestellten Forderungen waren unterschiedlich, oftmals neben wirtschaftlichen Forderungen auch das Verlangen nach mehr Rechten im Betrieb. Darüber hinaus brachte der spontane, massenhafte und geradezu lawinenartige Charakter der Streikbewegung eine allgemeine Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen zum Ausdruck, weshalb immer häufiger und immer stärker auch der Rücktritt de Gaulles gefordert wurde.

Am 24. Mai hielt de Gaulle seine erste Fernsehrede.

kündigte "große Wirtschafts- und Sozialreformen" an. Diese sollten zur Volksabstimmung gestellt werden. Gegebenenfalls werde er zurücktreten.

Während der Rede de Gaulles demonstrierten erneut Hunderttausende in Paris und in der Provinz. Erstmals in dieser Nacht beteiligten sich die Arbeiter von Paris zu Tausenden am Kampf gegen die Polizei.

Die revisionistische PCF, die ständig den Kampf zu bremsen und als "ökonomisch" zu deklarieren versuchte, sah sich nun veranlaßt, zu erklären: "Eine Volksabstimmung löst die Probleme nicht mehr. Das Regime de Gaulle hat seine Zeit hinter sich und muß verschwinden...." (Waldeck-Rochet).

Der Kampf verschärfte sich noch. Zwar kam am 26./27. Mai ein Abkommen der Gewerkschaften mit der Regierung zustande, das zahlreiche ökonomische Forderungen der Streikenden erfüllte. Indessen wurde dieses Abkommen von den Arbeitern entschieden abgelehnt. Die Gewerkschaftsführer, die gekommen waren, um dieses Abkommen in den Betrieben zu propagieren, wurden ausgepiffen und mußten ohne Erfolg abziehen. Die Betriebe blieben besetzt. Die Streikbewegung dehnte sich noch weiter aus.

Am 29. Mai demonstrierten erneut über 800 000 Arbeiter, Angestellte und Studenten in Paris. Die PCF/CGT erhob erstmals auf einer Massendemonstration die Forderung nach Bildung einer "Volksregierung". In der in- und ausländischen bürgerlichen Presse wurde offen über einen möglichen Sturz de Gaulles diskutiert.

Der 29. Mai war der Höhepunkt der französischen Mai-Ereignisse. Er war aber zugleich Wendepunkt der Ereignisse, denn zur Stunde der Demonstration führte de Gaulle bereits

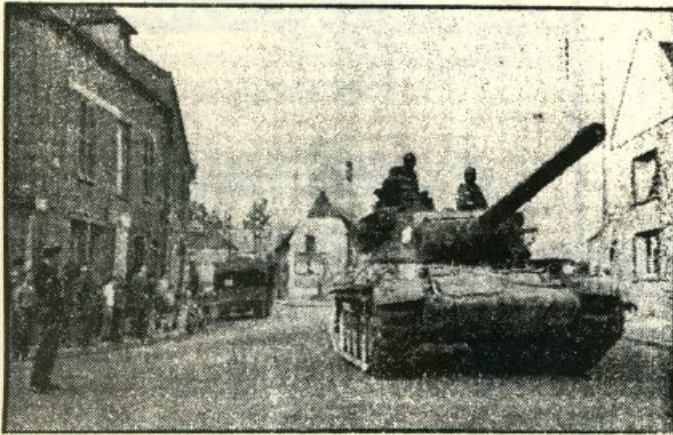


Streikende Arbeiter haben die Zweigwerke von Renault bei Paris besetzt.



auf einem südwestdeutschen Militärflugplatz Geheimsprache mit dem Fallschirmjäger-General Massu, Chef der französischen Truppen in der BRD mit "Algerien-Erfahrung". Die Konterrevolution holte zum Schlag aus.

Am 30. Mai hielt de Gaulle seine zweite Fernsehrede. Er kündigte die Auflösung der Nationalversammlung und Durchführung von Neuwahlen an.



Rund um Paris rollten Panzer der französischen Armee. Auch Eliteeinheiten der Fremdenlegion liegen vor der Hauptstadt bereit.

Einige hunderttausend Kleinbürger und andere Anhänger von "Ruhe und Ordnung" demonstrierten nach der Fernsehrede für die Erhaltung des gaullistischen Regimes.

Gleichzeitig wurden Fallschirmjäger und Panzer-Einheiten um Paris zusammengezogen. Allerdings ging die Streikbewegung auch nach dem 30. Mai nur langsam zurück. Noch am 5. Juni war kaum jeder zehnte Streikende an die Arbeit zurückgekehrt. Die Taktik der Gewerkschaften war darauf gerichtet, die Streikfront aufzulösen, ohne sich als Streikbrecher zu isolieren.

Als "harter Kern" blieben schließlich die Automobil-Arbeiter, die am 10./11. Juni durch überlegene Polizeikräfte aus den besetzten Fabriken vertrieben wurden (Peugeot in Sochaux und Renault in Flins). Die Erschiessung eines Peugeot-Arbeiters veranlaßte die Gewerkschaften nur noch zu einem einstündigen Streik.

Am Abend des 11. Juni begannen in Paris nochmals Straßenkämpfe, die offenbar von putschistischen Minderheiten ausgingen und keine Wirkung mehr hatten.

Am 12./13. Juni sprach die Regierung ein Demonstrationsverbot aus und verbot 11 revolutionäre Organisationen, darunter auch die ML-Partei und ihre Jugendorganisation.

Am 16. Juni schließlich endete auch der Streik der Automobilarbeiter.

Die Wahlen endeten mit einem großen Sieg des reaktionären Blocks um de Gaulle. Die PCF verlor mehr als die Hälfte ihrer Sitze (von 73 auf 34) und die sozialdemokratische Linksföderation auch mehr als die Hälfte (von 118 auf 57). Dieser "Erdrutsch" war allerdings wesentlich ein Ergebnis des französischen Wahlsystems (tatsächlich hatte die Linksföderation gegenüber der vorigen Wahl sogar Stimmen gewonnen und die PCF nur wenig verloren).

Untersuchen wir nun das Verhalten der PCF / CGT als wichtigster Organisation der französischen Arbeiterklasse.

Die PCF hatte vor dem Mai 68 ein Programm vertreten, ähnlich der "Demokratischen Erneuerung" der DKP. Ein Programm also, daß auf der Strategie des "friedlichen Übergangs" und der "Einheit aller antimonopolistischen Kräfte" beruhte.

Dieses Programm hat nicht dazu gedient, in der Arbeiterklasse klare Vorstellungen über ihren Kampf zu schaffen und die Zwischenschichten an den Kampf der Arbeiterklasse heranzuziehen.

Es erwies sich - was eigentlich gar keines Beweises mehr bedurfte - daß die Spekulation auf den "friedlichen Übergang" in den imperialistischen Ländern selbstmörderischer Wahnsinn ist.

Zum einen ist nicht zu zweifeln an der brutalen Entschlossenheit der Kapitalistenklasse, jede "demokratische Erneuerung" mit Gewalt niederzuschlagen. Zum anderen besteht auch die Fähigkeit des Imperialismus zur Entfesselung des Bürgerkrieges. Seine "Elite-Einheiten", wie Fallschirmjäger und Spezial-Polizei, sind gegen eine "Zersetzung" und propagandistische Demoralisierung weitgehend immun.

Im Rahmen der NATO würde die angestrebte konterrevolutionäre europäische Streitmacht eine mögliche Solidarisierung weitgehend unmöglich machen.

Es erwies sich - was ebenfalls keines Beweises mehr bedurfte - , daß die "Einheit aller antimonopolistischen Kräfte" ein Mythos ist. Engels stellte bereits in der Einleitung zu Karl Marx "Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (1895) fest:

"... Ein Aufstand, mit dem alle Volksschichten sympathisieren, kommt schwerlich wieder; im Klassenkampf werden sich wohl nie alle Mittelschichten so ausschließlich ums Proletariat gruppieren, daß die um die Bourgeoisie sich scharende Reaktionspartei dagegen fast verschwindet. Das Volk wird also immer geteilt erscheinen..."

Lenin war nach der Revolution von 1905 der Meinung:

"Es ist ganz natürlich und unvermeidlich, daß der Aufstand die höheren und komplizierteren Formen eines langwierigen Bürgerkrieges, d. h. des bewaffneten Kampfes des einen Teils des Volkes gegen den anderen, annimmt."

(Lenin, Bd. 2/S. 202)

Diese Einschätzung wurde durch den Bürgerkrieg in Rußland später bestätigt.

Im Mai 68 hätte sich Frankreichs Bourgeoisie außer auf die "Elite-Einheiten" noch auf große Teile der Zwischenschichten unrückständige Teile des Proletariats selbst stützen können. Solange die Streikbewegung im Aufschwung war, verhielten diese Teile des Volkes sich passiv oder sympathisierten mit den Streikenden. Erst als auf der einen Seite die Organisationen der Arbeiterklasse ihre Unentschlossenheit und auf der anderen Seite die Bourgeoisie ihre Entschlossenheit demonstrierten (diese Wende trat am 29./30. Mai ein) liefen die Zwischenschichten massenhaft zur Bourgeoisie über und waren für deren Interessen zu mobilisieren.







Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit ...

Die Strategie der "demokratischen Erneuerung" basiert auf der Erwartung eines "friedlichen Übergangs", eines allmählichen "Zurückdrängens" der Kapitalistenherrschaft. Eine solche Strategie ist unrealistisch, und trägt nicht dazu bei, daß "die Massen verstehen, was zu tun ist".

Die Kapitalistenklasse würde auf jede demokratische Massenbewegung, die konsequent grundlegende gesellschaft-

liche Umgestaltungen (z. B. im Sinne der "Mitbestimmung", so wie die DKP diese versteht) fordert, mit Gewalt reagieren.

Es wird dazu behauptet, die Massenbewegung müsse eben eine solche Stärke erreichen, daß sie die Kapitalisten an der Anwendung von Gewalt h i n d e r n kann.

Das ist eine weitere Illusion. Die Kapitalistenklasse wird es nie soweit kommen lassen. Sie provoziert Kraftproben, wenn es ihr paßt, d.h. solange es für sie noch früh genug ist. Die Arbeiterklasse hat dann die traurige Wahl, zurückzuweichen oder aber einen Kampf aufzunehmen, auf den sie nicht vorbereitet ist und dessen Chancen sehr ungewiß sind.

## ARBEITERBEWEGUNG IN DER DEFENSIVE

Arbeiterklasse erzielte in den Jahren 1969 und 1970 einen relativ günstigen Verkaufspreis für die Ware Arbeitskraft. In diesen Jahren entwickelte sich eine Unzahl sozialistischer und kommunistischer Zirkel, Gruppen und Organisationen. Verglichen mit den Jahren der schärfsten Kommunistenverfolgung gab es in den letzten Jahren eine massenhafte Agitation und Propaganda revolutionärer Gruppen.

Dagegen muß die Arbeiterklasse jetzt bereits eine Senkung ihres Reallohns hinnehmen, wird von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit u. a. m. bedroht.

Die Bourgeoisie intensiviert mit beängstigendem Tempo ihre Bürgerkriegsvorbereitungen. Die Zerschlagung der seit 1968 entstandenen sozialistischen und kommunistischen Zirkel, Gruppen und Organisationen wird angestrebt.

Die gegenwärtige Offensive der Imperialisten, der Angriff auf die wirtschaftliche Lage und die politischen Rechte der Arbeiterklasse, ist nicht auf die BRD beschränkt.

Ist auch die "Haupttendenz in der Welt Revolution", so befindet sich doch die Arbeiterbewegung in den meisten imperialistischen Staaten nicht auf dem Vormarsch, sondern in der Defensive.

In Frankreich erreichte die Arbeiterbewegung im Mai 68 einen Höhepunkt, der nahe an die Stellung der Machtfraße heranführte. Seit Jahrzehnten hatten die Arbeiter Westeuropas keinen solchen Kampf mehr geführt. Aus den Wahlen jedoch ging die Bourgeoisie gestärkt hervor.

Die wirtschaftlichen Errungenschaften der Streik-Bewegung wurden schrittweise von der Bourgeoisie annulliert.

Überdies wurde eine Reihe revolutionärer Organisationen verboten bzw. in ihrer Tätigkeit wesentlich eingeschränkt.

In den letzten beiden Jahren hat Frankreichs Bourgeoisie Profite von 42 % machen können, während die Lohnerhöhungen 1970 nur bei etwa 4,5 % lagen.

Erstmals seit 1968 entwickelten sich in diesem Jahr wieder größere Kämpfe der Arbeiterklasse, vor allem der Streik der Renault-Arbeiter im Frühjahr.

Gleichzeitig bereitet sich die Bourgeoisie durch Einschränkung demokratischer Rechte und Verstärkung der Polizei auf neue Kämpfe vor. So wurde z. B. im Juni die Bildung von Vereinigungen und Organisationen für genehmigungspflichtig erklärt. Innenminister Marcelin hat einen Plan zur "Straffung der Polizei" vorgelegt, wonach die Polizei direkt dem Innenminister unterstellt werden soll.

In Italien erreichte die Arbeiterbewegung ihren vorläufigen Höhepunkt im "Heißen Herbst" 1969, als Millionen von Arbeitern im Tarifikampf standen. Aus diesem Kampf entwickelte sich eine Bewegung für verschiedene Reformen wie u. a. des Schulsystems, des Steuerrechts, des Wohnungsbaus u. a.

Einen ersten Schlag versetzten die Kapitalisten dieser Bewegung indem sie - während die Tariffbewegung ihrem Ende entgegenging - im Dezember 69 von Provokateuren ein Attentat auf eine Bank durchführen ließen, das mehrere Menschenleben forderte.

In der Folge wurden hunderte von Wohnungen und Büros der revolutionären Organisationen "durchsucht". So wurden diese erstens kriminalisiert und zweitens verschaffte sich die Polizei umfassende Kenntnis über diese Organisationen. Gleichzeitig wurden Prozesse gegen die Herausgeber und Redakteure verschiedener fortschrittlicher Zeitungen geführt, die mit verhältnismäßig harten Urteilen endeten.

Im Frühjahr 70 begann die Kapitalistenklasse mit der Zerschlagung der aktivsten Arbeitergruppen in den Betrieben.

Hierbei wurde sie von den Denunzianten der reformistischen und revisionistischen Gewerkschaften massiv unterstützt. Dutzende von Arbeitern und schließlich hunderte wurden entlassen und zum Teil wegen "Ausschreitungen" während des "Heißen Herbstes" vor Gericht gestellt.

Gegenwärtig ist einzuschätzen, daß Italien unter den bürgerlich-demokratischen Ländern dasjenige ist, in dem ein neuer Faschismus am nächsten ist.

Bekannt ist, daß entsprechende sehr konkrete Planungen vorliegen, und daß diese überdies ein- oder mehrmals kurz vor der Durchführung standen (Prozeß de Lorenzo).



Daß es den Kapitalisten inzwischen gelingt, breitere Schichten des Volkes für die faschistischen Organisationen zu mobilisieren, haben die letzten Wahlen, vor allem in Südtalien gezeigt. (13./14. Juni)

Über die Faschisierung in den USA braucht hier nichts weiter gesagt zu werden. Was England angeht, so sei an das terroristische Anti-Streik-Gesetz erinnert, das die Konservative Regierung der Arbeiterklasse aufzwang sowie an den unlängst beschlossenen Beitritt zur EWG.

In Griechenland hat sich die faschistische Militärdiktatur, die eine starke Arbeiterbewegung fast total zerschlagen hat, inzwischen konsolidiert. Überdies haben auch in der Türkei faschistische Militärs die Macht übernommen.

In den meisten imperialistischen Ländern ist die Arbeiterbewegung in der Defensive. Wie steht es nun mit dem Element der Bewußtheit, mit den politischen Parteien und anderen Organisationen des Proletariats?

Die revisionistischen Parteien vertreten nicht das Element der Bewußtheit in der Arbeiterbewegung. Daher haben sich überall in den imperialistischen Ländern neue Organisationen herausgebildet. In Belgien erfolgte die Gründung einer ML-Partei bereits Ende 1963, in Italien im Oktober 1966, in Österreich im Februar 1967, in Frankreich Ende 1967, in der BRD Ende 1968.

Später spalteten sich alle diese "Parteien" und weitere entstanden in großer Zahl. Keine dieser "Parteien" übt einen nennenswerten Einfluß auf die Arbeiterbewegung ihres Landes aus, nicht einmal im negativen Sinn. Genau besehen hat sich auch keine dieser "Parteien" jemals damit abgegeben, eine kommunistische Strategie und Taktik zu erarbeiten. Umso unbeirrbarer sind sie in ihrem Glauben, die "Avantgarde des Proletariats" zu sein.

Von diesen "Parteien" ist nichts zu erwarten. Festgestellt werden muß, daß in den imperialistischen Ländern die revolutionären Kräfte immer noch zersplittert sind und der Aufbau kommunistischer Parteien noch aussteht.

## Gegen Berufsverbot für Demokraten !

Am 23. November gab der Hamburger Senat eine Grundsatzerklärung zur Ernennung von Beamten ab. Es heißt darin u. a. :

"...daß die Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit bei politischen Aktivitäten des Bewerbers in rechts- oder linksradikalen Gruppen unzulässig ist. Dies gilt nach Auffassung des Senats erst recht im Erziehungsbereich und jedenfalls dann, wenn der Betreffende in den genannten Gruppen besonders aktiv ist..."

Zu diesem Senatserlaß führten die Sympathisanten des KOMMUNISTISCHEN BUNDES an den Hamburger Hochschulen am 29. November ein Teach-in mit etwa 1500 Teilnehmern und anschließend eine Protestdemonstration durch.

Auf dem teach-in wurde die folgende Solidaritätsadresse des KB bekanntgegeben :

"Der KB Hamburg erklärt seine Solidarität mit den Lehrern und Studenten, die von dem reaktionären Senatserlaß betroffen oder bedroht sind. Der Versuch der Herrschenden, Demokraten aus dem Lehrerdienst zu vertreiben oder unter Druck zu setzen und so jeden Widerstand gegen die bürgerliche Klassenerziehung zu brechen, wird von uns als Teil des Angriffs der Reaktion in allen gesellschaftlichen Bereichen begriffen und entschieden bekämpft.

Der Disziplinierung von Lehrern und Lehrer-Studenten durch den reaktionären Senatserlaß entspricht in den Betrieben die Entlassung aktiver Arbeiter. Wir protestieren gegen die Entlassung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute Grassi und Gensch bei der Reichold AG nach den Chemie-Streiks, gegen die Entlassung des Jugendsprechers Peter Bär bei Phoenix, wir protestieren gegen die Entlassung zweier gewerkschaftlicher Vertrauensleute bei den Hamburger Stahlwerken und eines Jugendsprechers der Norddeutschen Affinerie, wir protestieren gegen die Entlassung aktiver Gewerkschafter bei Blohm + Voß in den letzten Tagen und Wochen.

Die Herrschenden bereiten sich auf eine erhebliche Verschärfung der Klassenkämpfe vor. Deshalb sollen schon heute Demokraten und Sozialisten an der Ausübung ihres Berufes gehindert und von ihren Arbeitskollegen isoliert werden. Gleichzeitig soll mit reaktionären Gesetzen der demokratische Kampf abgewürgt werden und soll langfristig politische Friedhofsruhe in den Betrieben ebenso wie an den Schulen und Universitäten geschaffen werden.

Illusionen über eine friedliche, demokratische Entwicklung des Imperialismus auf lange Sicht, oder über jetzt und heute zu erringende spektakuläre Erfolge gehen von einer falschen Einschätzung aus, und können nur zu neuen Niederlagen und Resignation führen. Wir müssen uns auf einen langen Kampf einrichten und massenhaft das Bewußtsein über Charakter und Entwicklung des Imperialismus schaffen. Ebenso gilt es, durch das solidarische Zusammenhalten unsere demokratischen Errungenschaften in den Betrieben, Schulen und Universitäten zu verteidigen. Nur so können wir der Offensive der Bourgeoisie begegnen und die entscheidenden Kämpfe vorbereiten."



# Zusammenbruch des Weltwährungssystems

## Die Nixon-Maßnahmen vom 15. August

Am 15. August gab US-Präsident Nixon ohne Rücksprache mit den anderen nationalen Kapitalen eine Reihe von Maßnahmen bekannt, die den Beginn einer neuen Epoche des Imperialismus anzeigen. Die 3 wichtigsten Maßnahmen waren:

- 1. Lohn- und Preisstop für mindestens 90 Tage
- 2. Erhebung einer 10%igen Importsteuer
- 3. Aufhebung der Umtauschbarkeit des Dollar in Gold

Mit diesen Maßnahmen verstärkte der US-Imperialismus den Angriff auf die Lage der amerikanischen Arbeiterklasse, zerstörte das Weltwährungssystem und gab das Signal für eine Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten.

Die ersten Kommentare aus den anderen kapitalistischen Ländern lauteten: "Politik aus der Mottenkiste", "Rückfall in die 20er Jahre", "nationalistische, egoistische Politik" usw..

Wie sehen wir uns die Maßnahmen im einzelnen an:

### Zu 1):

Der "Lohn- und Preisstop" ist ein scharfer Angriff auf die amerikanische Arbeiterklasse. Für die Kapitalisten ist der "Preisstop" kaum ein Hindernis, denn: Die Erfahrung mit "Preisstop"-Maßnahmen in anderen Ländern zeigt, daß die Preise trotzdem weiter steigen. Daß ein "Preisstop" die Preise in Wirklichkeit nicht stoppt, geben sogar viele bürgerliche Ökonomen zu. So wies der amerikanische bekannte Ökonom Friedman darauf hin, daß "seit den Zeiten des römischen Kaisers Diokletian jeder Preisstop noch immer gescheitert sei". (SPIEGEL vom 30. 8. 71)

Ein Großteil der reaktionären amerikanischen Gewerkschaftsführer (die z. T. sogar für eine Ausweitung der Vietnam-Aggression eintreten) sah sich aufgrund des Drucks der amerikanischen Arbeiter gezwungen, mehr oder weniger scharfen Protest gegen den Lohnstop zu erheben.

Es gibt zur Zeit sehr viele kapitalistische Länder, die versuchen, durch "Lohn- und Preisstops" die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen (Holland, Norwegen,

Finnland, Irland, Dänemark z. B.). Dies steht bei uns in der BRD zur Zeit noch nicht auf der Tagesordnung. Wir müssen jedoch damit rechnen, daß auch die westdeutsche Bourgeoisie einen solchen Angriff versuchen könnte. Viele Kollegen sind heute von der Propaganda des Kapitals so beeinflusst, daß sie z. B. sagen: "Wenn die Preise gestoppt werden, verzichten wir auch auf Lohnerhöhungen". Dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie haben wir entgegen zu treten, indem wir aufzeigen, daß der Profit zum einen gemacht und erhöht wird auch ohne Preiserhöhungen, und daß zum anderen die Kapitalisten viele Möglichkeiten haben, einen "Preisstop" zu umgehen, daß also ein "Lohn- und Preisstop" sich allein gegen die Arbeiterklasse richtet.

### zu 2):

Die Importsteuer von 10% richtet sich direkt gegen die anderen kapitalistischen Länder. Am schärfsten sind davon Japan und Kanada betroffen. Aber auch der Export der BRD wird erschwert. Faktische Aufwertung der DM durch das "floating" von etwa 8% gegenüber den USA, Importsteuer von 10% auf den größten Teil der Einfuhrgüter, das ergibt zusammen im höchsten Fall für bestimmte Produkte eine Verteuerung um 18%.

### zu 3):

Die US-Regierung entzieht sich der internationalen währungspolitischen Verpflichtung, Dollar in Gold einzutauschen. Damit verlieren die Dollar-Reserven der einzelnen Staaten ihren Charakter als Quasi-Gold-Rücklagen. Die Eintauschbarkeit von Dollar in Gold bestand zwar vorher faktisch auch kaum mehr, aber die jetzt auch formelle Unmöglichkeit bedeutet: Die Form des Austausches zwischen den kapitalistischen Ländern ist gesprengt worden. Das bisherige Weltwährungssystem ist zerbrochen.



# Gesteigerte Fäulnis des US-Imperialismus

Das Wachstum der Produktion hat sich in den meisten kapitalistischen Ländern in den letzten Jahren verlangsamt. Ebenso haben sich die Zuwachsraten des Welthandels real (nach Abzug der großen Preissteigerungen) verkleinert. Der Grund dafür ist in den in der kapitalistischen Welt im allgemeinen schlechteren Verwertungsbedingungen des Kapitals zu sehen.

Die schlechteren Verwertungsbedingungen des Kapitals bewirken notwendig eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den verschiedenen imperialistischen Ländern. Im besonderen nun ist die ökonomische und politische Macht der USA seit dem 2. imperialistischen Weltkrieg relativ zu den anderen kapitalistischen Ländern stetig und immer schneller gesunken. "Der Kapitalexport beeinflusst in den Ländern, in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung, die er außerordentlich beschleunigt. Wenn daher dieser Export bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung in den exportierenden Ländern zu hemmen geeignet ist, so kann dies nur um den Preis einer Ausdehnung und Vertiefung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt geschehen." (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 69).

Das amerikanische Kapital ist "überreif". Seine Verwertungsbedingungen in den USA wurden immer schlechter. Daher wurde immer mehr Kapital exportiert. Andererseits liegt z. B. die Kapazitätsauslastung in der Stahlindustrie in der Regel nur bei etwa 70%, und auch 50% ist keine Seltenheit.

Heute sind die Industrien ganzer Länder größtenteils in den Händen des US-Kapitals. 60% (!) aller privaten Direktinvestitionen im Ausland kommen heute aus den USA.

Sehr große Bedeutung für den Niedergang des US-Imperialismus hat auch die Tatsache, daß der US-Imperialismus sich als "Weltpolizist Nr. 1" aufspielte, daß er überall auf der Erde als "Verteidiger der freien westlichen Welt" die um ihre Freiheit kämpfenden Völker brutal unterdrückte, den gewaltigsten Militärapparat und ein enges Netz von Geheimdiensten unterhält. Die Unterdrückung der Völker der Welt, insbesondere die mehr als 17 Jahre dauernde Aggression gegen das vietnamesische Volk, kosten die USA riesige Summen und erfordern großen Export von Kapital.

Aufgrund der schlechter werdenden Verwertungsbedingungen im Innern der USA und aufgrund des Aufstiegs der anderen imperialistischen Länder verschlechterte sich die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Waren auf dem Weltmarkt erheblich.

Heute befinden sich die USA schon seit etwa 2 Jahren in einer Krise - die Arbeitslosenquote liegt bei über 6%, der Preisanstieg liegt ebenso bei über 6%. Die Handelsbilanz schloß im ersten Halbjahr 1971 zum ersten Mal seit 1893 (!!) mit einem Defizit ab.

Wenn Kapitalexport und Warenimport größer sind als Kapitalimport und Warenexport, so bedeutet dies: Das Land macht Schulden bei anderen Ländern. Dies drückt sich aus in der negativen Zahlungsbilanz. Diese ist bei den USA seit 1950 permanent (eine Ausnahme: 1957, Suez-Krise) negativ. Das Defizit hat sich mit der Zeit enorm ausgeweitet:

Jahresdurchschnitt

|                |                 |
|----------------|-----------------|
| 1961 - 64:     | 2,51 Mrd Dollar |
| 67             | 3,58 Mrd Dollar |
| 1. Halbjahr 71 | 6,50 Mrd Dollar |

Das Ergebnis der negativen Zahlungsbilanz ist, daß sich die Forderungen des Auslands auf die US-Gold-Bestände heute auf etwa 50 Mrd Dollar belaufen.

Die roten Zahlen der Zahlungsbilanz wären noch größer geworden, wenn die USA nicht immer mehr Gold auf die Forderungen der anderen Länder herausgegeben hätten. Heute liegen die Goldbestände unter 10 Mrd Dollar und haben damit einen Tiefpunkt erreicht. Wenn allein die BRD ihre Dollars gegen Gold eingetauscht hätte, wäre Fort Knox in Konkurs gegangen.

Die Maßnahmen der US-Regierung bezwecken die Verbesserung der Verwertungsbedingungen der US-Monopole durch Verschärfung der Ausbeutung der amerikanischen Arbeiterklasse (Maßnahme 1 und 2), durch einen Angriff auf die konkurrierenden kapitalistischen Länder entgegen allen internationalen Vereinbarungen der Kapitalisten (GATT-System) (Maßnahme 2 und 3) und durch Sprengung des Weltwährungssystems.

Die USA waren nicht mehr in der Lage, den Dollar als Weltgeld aufrecht zu erhalten. Sie haben aber nicht etwa den Dollar abgewertet (hätte Warenexport erleichtert, Warenimport erschwert), sondern haben die anderen Länder gezwungen aufzuwerten (bedeutet für den amerikanischen Warenhandel dasselbe) und das Austauschverhältnis zwischen Dollar und Gold beibehalten (35 Dollar weiterhin = 1 Feinunze Gold).



# Auswirkungen auf die BRD

Das BRD-Kapital befindet sich in der Zyklus-Phase des Konjunkturabschwungs und schon seit Monaten versucht es in immer schärferem Maße, die Krise wiederum auf die Arbeiterklasse abzuwälzen:

Streichung der Überstunden, Kurzarbeit, die Zahl der Arbeitslosen ist um 50 % höher als vor einem Jahr, Verschärfung des Arbeitstempos, erster Abbau von übertariflichen Leistungen, enorme Preissteigerungen, Erhöhung der Steuerlasten. Der Konjunkturabschwung wird sich weiter fortsetzen und die Krise wird frühestens zu Anfang nächsten Jahres ihren Tiefpunkt haben. Gleichzeitig mit dem ökonomischen Kampf verschärft die westdeutsche Monopolbourgeoisie den politischen und ideologischen Angriff auf die Arbeiterklasse: Verschärfung des reaktionären Betriebsverfassungsgesetzes, das im November durch die 2. Lesung und bald darauf durch die 3. Lesung im Bundestag gepeitscht worden ist; Vorbereitungen zur Illegalisierung kommunistischer Organisationen; Ausbau, Zentralisierung von Polizei und Bundesgrenzschutz; Notstandsübungen; Mobilmachungsübung 1972; Versuch, die Arbeiterklasse zu demoralisieren; Verbreitung reformistischer und revisionistischer Ideologien; Aufbau faschistischer Organisationen usw. usf.

Wie wirken sich nun die Schutzzollmaßnahmen Nixons und das Auseinanderfallen des Weltwährungssystems auf die westdeutsche Arbeiterklasse aus?

Rund 20 % der BRD-Produktion wird exportiert, davon ca. 10 % in die USA. Also wird nur etwa 2 % der gesamten BRD-Produktion in die USA exportiert. Von diesen 2 % wird außerdem nur ein kleiner Teil durch die 10 %ige Importsteuer und die anderen Maßnahmen so empfindlich getroffen, daß er in den USA nicht mehr abzusetzen ist. Bürgerliche Ökonomen schätzen, daß ca. 1/10 mehr abzusetzen sein werden. Allerdings kann auch so ein geringer Rückgang des BRD-Exports spürbare Folgen für die westdeutsche kapitalistische Wirtschaft haben: Die Einschränkung des Exportes wird sich schneeballartig auch auf nicht direkt betroffene Betriebe ausbreiten.

Wenn z. B. weniger VW's exportiert werden, wirkt sich dies auch auf die Reifenindustrie aus; diese wiederum kauft weniger Kautschuk bei der Chemieindustrie; kurzarbeitende oder entlassene Chemiearbeiter kaufen keine VW's auf dem Inlandmarkt, was den gleichen Kreislauf von vorn und in erhöhter Geschwindigkeit in Gang setzt. Welches Ausmaß dieser Prozeß haben wird, ist nicht anzugeben. Zu der schlechteren Absatzlage auf dem amerikanischen Markt kommt im übrigen noch eine Verschärfung der Konkurrenz auf den anderen Märkten, da auch andere Länder versuchen werden, Ersatz für den US-Markt zu finden (vor allem Japan).

Nachdem gleich nach der Nixon-Rede die Kapitalisten "Kopf standen" und vom Ruin des US-Exports gejamert wurde, hieß es oft, daß die "Dämpfung, die von den

neuen Kursverhältnissen und der US-Importsteuer ausgeht eher erwünscht sei und ein wertvoller Beitrag zur deutschen Stabilitätspolitik sei". Nachdem zuerst immer nur von einer 8 %igen Aufwertung der DM gesprochen worden war (gegenüber den USA nämlich), hieß es später, daß der Aufwertungseffekt im Durchschnitt der 5 wichtigsten Importländer bei nur 5,8 % liege. Zum einen ist der westdeutschen Bourgeoisie also bewußt, daß eine Krise unvermeidbar ist und notwendig, um ihre Profite später wieder zu vergrößern (und insofern die Nixon-Maßnahmen ihnen nicht ungelegen kommen), zum anderen konnten die Nixon-Maßnahmen - in ihren Auswirkungen noch besonders übertrieben - gut zur Propaganda gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden. Die ständigen Hilfeschreie der Kapitalisten wie "Kosten und floating zehren die Erträge auf", "Floating wird zur Gefahr", "das ist Währungsinfarkt", usw., usf. zeigen anschaulich das Verfahren nach dem alten Sprichwort "Klagen sind der Gruß der Kaufleute". Diese Klagen stehen in einem auffälligen Kontrast zu dem Verzicht auf wirkliche Maßnahmen gegen das "floaten". Der bürgerliche Ökonom Giersch sagte: "... wenn tatsächlich die Arbeitsplätze in Gefahr geraten, dürfte es nicht schwer sein, den Arbeitskräften klar zu machen, daß es besser sein kann, lohnpolitische Zurückhaltung zu üben, statt mit Streikopfern höhere Löhne zu erkämpfen und sich dabei um die Arbeitsplätze zu bringen".

In anderen kapitalistischen Ländern gelten heute schon 3 % Arbeitslose als "Vollbeschäftigung". Mit weniger gibt sich auch der Hauptgeschäftsführer des BDA, Eichler, nicht zufrieden. Die von der Bundesanstalt für Arbeit vorausgesagte Zahl von 400 000 Arbeitslosen sei "kein alarmierendes Signal". Sie trage dazu bei, einen "ausgewogenen Arbeitsmarkt" zu bekommen, sagte er.

Strauß trat in der Kapitalistenschrift "Capital" für eine mindestens drei mal so hohe Zahl von Arbeitslosen wie jetzt zur "Zähmung der Gewerkschaften (!)" ein. (Demagogisch sagt er Gewerkschafter statt Arbeiter).

Die Kapitalistenklasse, die auf der einen Seite immer wieder den Begriff Klassenkampf durch ihre Ideologen "in die Mottenkiste des letzten Jahrhunderts" verbannen will, nimmt diese Ereignisse zum Anlaß, den ideologischen Kampf gegen die Arbeiterklasse zu intensivieren. (So z. B. BILD am Tag nach der Nixon-Rede mit der Hauptüberschrift "Alarm für viele Arbeitsplätze", so das Hamburger Abendblatt 2 Tage später, so Bundesbankpräsident Klasen, der energisch mahnte, "eisern Preis- und Lohndisziplin" zu wahren, so daraufhin die DAG und dann die DGB-Führung.

Die Weltwährungskrise hat den Imperialisten sprunghaft die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen, das Anwachsen der Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Staaten, die Gefährdung ihrer politischen und wirtschaft-



lichen Macht, vor Augen geführt. Die Folge davon wird sein, daß die Monopolbourgeoisie ihre Anstrengungen zur Aufrechterhaltung ihrer Macht weiter verstärken wird. Das heißt also für die westdeutsche Arbeiterklasse (wie auch für die Arbeiterklasse in den anderen kapitalistischen Ländern), daß die Bourgeoisie ihre Vorbereitungen zur Errichtung der faschistischen Herrschaft verschärfen wird.

## Eintritt des Imperialismus in eine neue Phase

Das Weltwährungssystem ist gesprengt worden - der Dollar ist kein Weltgeld mehr. Damit hat sich nun auch an dem internationalen Zirkulationsmittel des Kapitals gezeigt, daß die Phase des Aufschwungs des Kapitals im Weltmaßstab, die Phase der ungeheuer schnellen Entwicklung der Produktivkräfte, die Phase der relativ geringen Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern zu Ende ist. Dies wurde in den letzten Jahren immer deutlicher an den wachsenden Kämpfen des Proletariats in den imperialistischen Ländern, an den niedrigeren Zuwachsraten der kapitalistischen Produktion und des Welthandels, an den schärferen Krisen.

Es gibt heute kein so eindeutiges imperialistisches Zentrum mehr, wie es die USA jahrzehntelang waren. Die US-Imperialisten sind heute nicht mehr in der Lage, so uneingeschränkt zu diktieren, wie sie es in der Vergangenheit getan haben. Die Weltwährungskrise ist gerade eine Äußerung des "Abschliffs" des imperialistischen Zentrums USA und einer Zunahme der Bedeutung der westeuropäischen Staaten und des japanischen Imperialismus.

Allerdings sind die USA noch immer die weitaus stärkste imperialistische Macht. Z.B. ist ihre Industrieproduktion größer als die der EWG und Japans zusammen. Die USA werden sicherlich in der Frage der Importsteuer, in der Frage der Aufwertung des Dollars und der Aufwertung der anderen Währungen, in der Frage eines neuen Weltwährungssystems, hauptsächlich ihre eigenen Interessen gegen die anderen Länder durchsetzen können.

Die Phase der Restauration des Kapitals im Weltmaßstab ist zu Ende und das Weltwährungssystem ist zerfallen - grundfalsch wäre es jedoch, unsere heutige Situation mechanisch mit der zwischen dem 1. und 2. imperialistischen Weltkrieg gleichzusetzen und eine schwere Weltwirtschaftskrise wie 1928/29 in nächster Zukunft zu erwarten. Die Bedingungen der kapitalistischen Produktion sind immer noch relativ gut. Noch immer wächst die Produktion in Teilen des kapitalistischen Lagers relativ rasch, noch immer gelingt es dem Monopolkapital, neue Märkte zu erobern, alte Märkte weiter auszubauen und Märkte zu übernehmen (so z.B. Brasilien oder andere faschistische Länder wie Griechenland und die Türkei, so auch in sozialistischen Ländern und so auch im eigenen Land, wo das Monopolkapital Bauern, Kleinhändler und kleine Kapitalisten kaputt macht).

Das gilt ganz besonders für den BRD-Imperialismus. Er weiß, daß gegen Protektionismus nur ein Kraut gewachsen ist: Eine Verstärkung des Kapital exports. Dieser ist noch relativ gering, die Stärke des westdeutschen Imperialismus hängt noch zu sehr vom Warenexport ab. Für verstärkten Kapitalexport aber brauchen die Kapitalisten höhere Profite, die sie sich durch Verschärfung der Ausbeutung und deren Absicherung durch offenere Unterdrückungsmaßnahmen holen wollen.

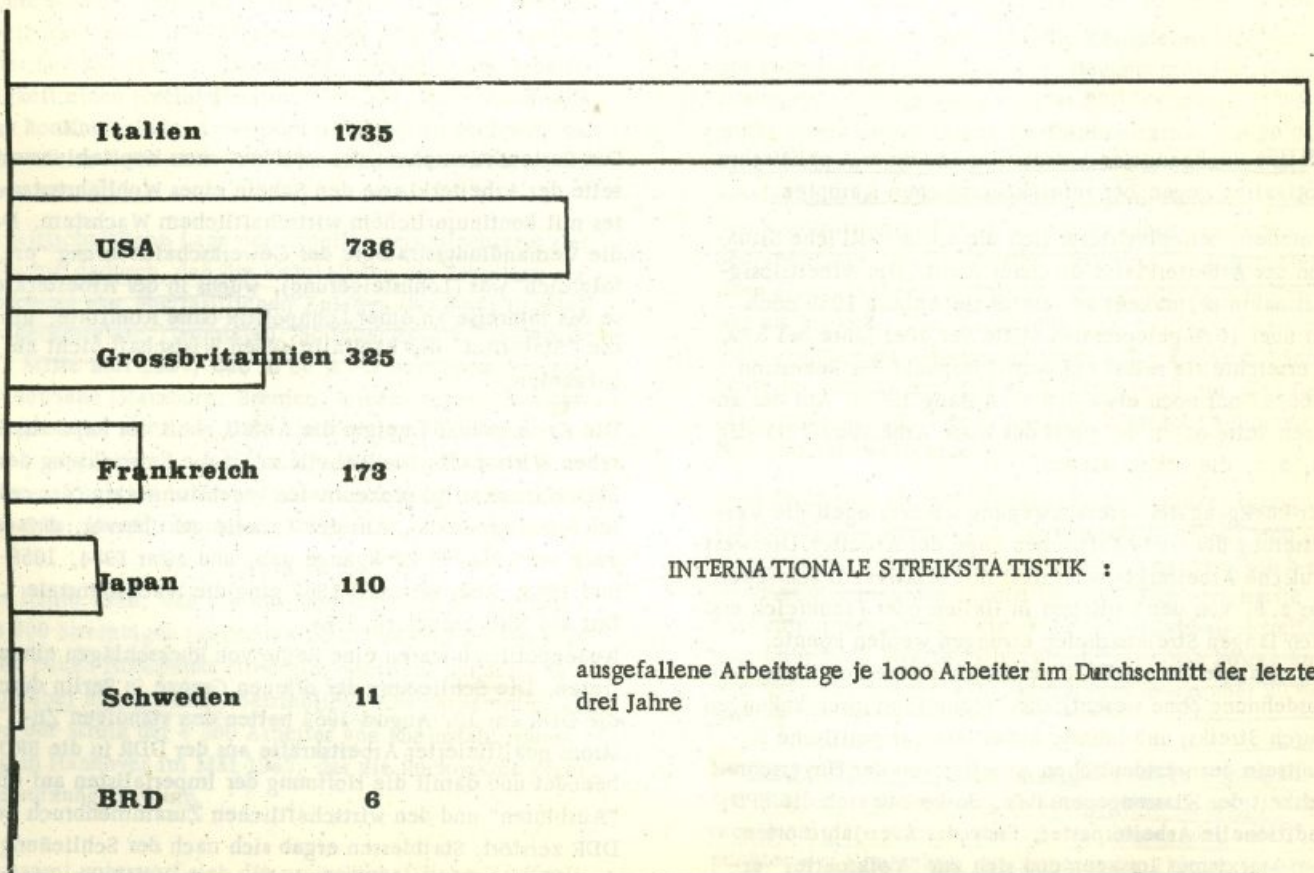
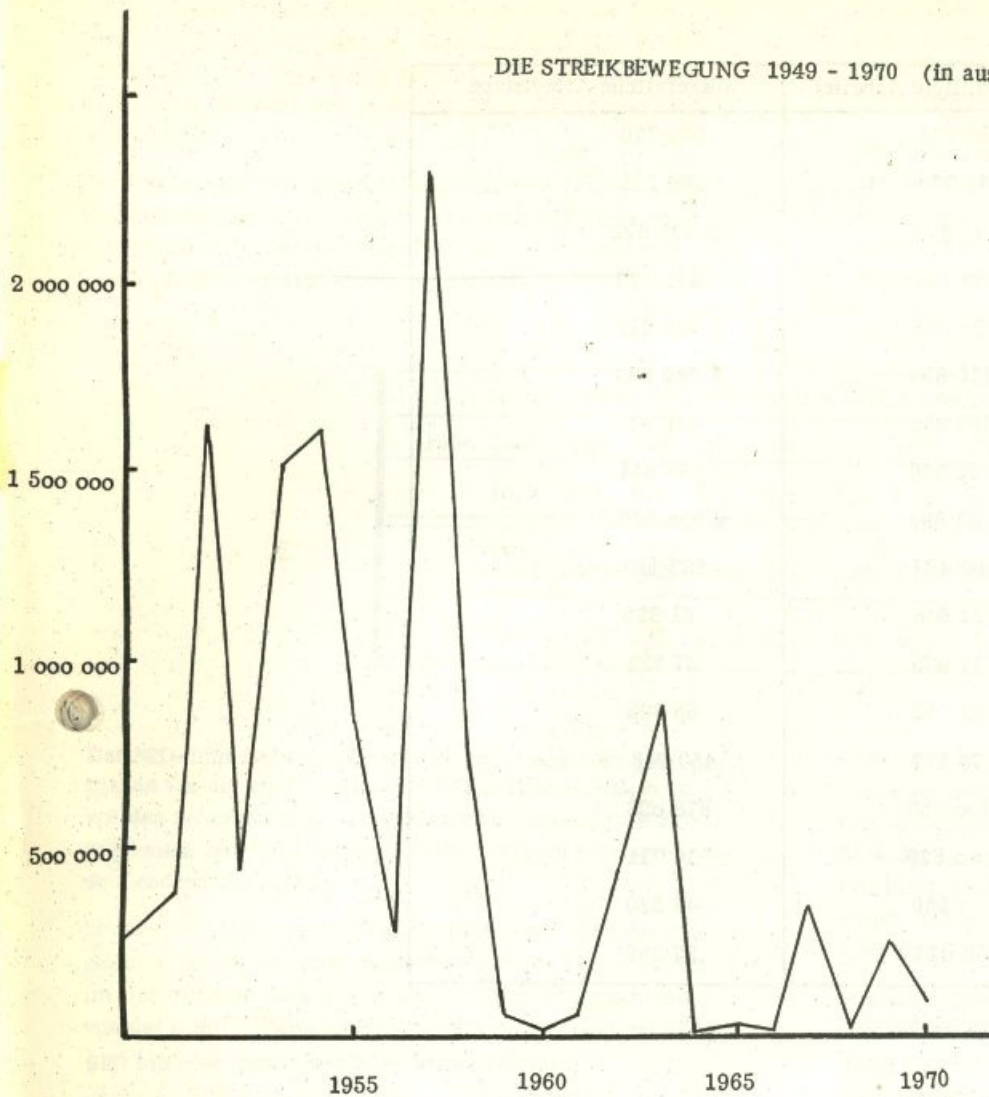
Das Auseinanderbrechen des Weltwährungssystems zeigt den Zerfall der alten Machtverhältnisse im imperialistischen Lager an. Nun drückt sich auch im Zirkulationsmittel des Welthandels die Stärkung der anderen imperialistischen Länder gegenüber den USA aus - vor allem meldet sich der BRD-Imperialismus zu Wort. Die Stärkepositionen und Interessen der einzelnen imperialistischen Länder werden gerade jetzt besonders deutlich, wo es für die imperialistischen Länder gilt, neue reaktionäre Systeme und Bündnisse (EWG) zu schaffen, was sich auch in dem Versuch zeigt, ein neues Weltwährungssystem aufzubauen.

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern haben sich erheblich verschärft und liegen relativ offen zutage. Das wird recht deutlich an der folgenden Zitatauswahl:

"Wenn man inoffizielle Äußerungen der Opposition zu den amerikanischen Maßnahmen analysiert, kann man feststellen, daß gewichtige Kräfte der CDU/CSU kein Interesse daran haben, Bundesminister Schiller in der jetzigen Situation zusätzliche Schwierigkeiten zu machen. Man stehe an einem Punkt, wo das ganze westliche System gefährdet sei. Dirigismus und Protektionismus erhöhen ihre Häupter ... Worum es in diesem Augenblick gehe, sei einzig und allein, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Solidarität des Westens herzustellen." (Handelsblatt am 16. 8. 71). Daß ein Angriff gegen die Konkurrenz schnell einen Gegenangriff hervorruft, zeigen die nächsten beiden Zitate: "Es erhebt sich die Frage, ob es den europäischen Stahl-erzeugern zuzumuten ist, freiwillig eine mengenmäßige Beschränkung ihrer Stahllieferungen in die USA auf sich zu nehmen (wie sie es bisher getan haben), wenn diese Lieferungen mit einer Importtaxe von 10% belastet werden" (Handelsblatt am 17. 8. 71). "Die von Präsident Nixon überraschend verfügte 10%ige Einfuhrabgabe ist ein sehr schwerer Schlag gegen den Welthandel und die internationale Arbeitsteilung", erklärte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen. Es müsse befürchtet werden, daß dieser Schritt des größten Welthandelslandes eine Welle von protektionistischen Maßnahmen auslöst und die Gefahr einer unheilvollen Eskalation von Handelsbeschränkungen heraufbeschwört." (Handelsblatt am 16. 8. 71). Inzwischen sind es nicht nur Worte geblieben: Dänemark hat schon ebenfalls den Schritt zu einer 10%igen



DIE STREIKBEWEGUNG 1949 - 1970 (in ausgefallenen Arbeitstagen durch Streik)





Importsteuer getan. An folgenden Zitaten wird noch einmal deutlich, daß sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten nicht gleichmäßig verschärfen, daß es falsch wäre von einem Kampf aller gegen alle zu sprechen. Der aktuelle Hauptwiderspruch zwischen den imperialistischen Ländern ist der zwischen den USA und den anderen imperialistischen Ländern, die Widersprüche der anderen Länder untereinander (z.B. BRD - Frankreich) sind sekundär.

Das Handelsblatt berichtet über die Sonderkonferenz des GATT-Rates: "Dahrendorf (dieser Vertreter der deutschen Kapitalisten in Brüssel ist EWG-Kommissar) schlug von allen Delegierten den energischsten Ton an und forderte die sofortige Aufhebung der nach Ansicht der EWG GATT-widrigen Importsteuer ... Die anschließenden Erklärungen der anderen GATT-Mitglieder zeigten die absolute Isolierung Washingtons." Japans Vize-Außenminister sagte u.a.: "Die Arbeitsgruppe des GATT soll sich u.a. auch mit der Rolle der amerikanischen Weltfirmen außerhalb der Vereinigten Staaten befassen (also eine sehr schwerwiegende Drohung)." (Handelsblatt am 25. 8. 71, Unterstreichungen von uns).

"Amerikas Partner haben die US-Vorstöße gegen die Freihandelsregeln von GATT und OECD bisher geduldig über sich ergehen lassen - nicht zuletzt wegen der amerikanischen Vorhaltungen, daß Washington sich seine mißliche Zahlungsbilanz- und letztlich auch binnenwirtschaftliche Lage im Kampf um die gemeinsame Freiheit zugezogen

habe. (!!) Ob auch der Keulenschlag der Importsteuer hingenommen wird, hängt von ihren Auswirkungen auf die Amerika-Exporte der Industrieländer ab. Im EWG-Köcher steckt seit der Mills-Affäre (Importbeschränkungs-Gesetzesvorschlag, der aber im US-Kongreß nicht durchkam) der Pfeil der Retorsionsmaßnahmen (Gegenmaßnahmen) gegen amerikanische Direktinvestitionen, die die USA empfindlicher treffen müßten als der Bumerang der Importbeschränkungen." (Handelsblatt am 19. 8. 71).

Andererseits: "Nixon erinnerte daran, daß die Vereinigten Staaten im vergangenen Vierteljahrhundert zum Auf- und Wiederaufbau junger und zerstörter Nationen beigetragen und dabei oftmals ihren Wettbewerbsgeist freiwillig gezügelt hätten (wirklich lächerlich, diese Demagogie). Jetzt sei es für die USA an der Zeit, Leistungsfähigkeit zu zeigen (das heißt: Die Ausbeutung der Arbeiterklasse soll verschärft werden) und mit anderen Nationen in Wettbewerb zu treten, "ohne eine Hand auf den Rücken zu binden" (das heißt: Verschärfung der Angriffe auf die anderen kapitalistischen Länder)." (Handelsblatt am 18. 8. 71). Und als letztes noch ein weiteres Zitat Nixons aus dem Handelsblatt: "Werde erst die "unfaire Behandlung" (!) amerikanischer Waren aufgrund der bisherigen Wechselkursituation vorüber sein (gerade die USA haben ihren Dollar eben nicht abgewertet), werde auch die 10 %ige Importsteuer fallen." Er sprach außerdem von der Notwendigkeit, "die Lasten der Verteidigung der Freiheit der Welt" gerechter zu verteilen (!)". (19. 8. 71).

# Die Lage der wichtigsten imperialistischen Länder

USA: Weiter vorne haben wir schon genauer aufgezeigt: Der US-Imperialismus ist der am weitesten entwickelte Imperialismus. Die USA waren jahrzehntelang des Zentrum des Imperialismus, sie diktierten den anderen imperialistischen Ländern, sie waren "Weltpolizist Nr. 1" und unterdrückten die Hälfte der Völker der Welt. Heute jedoch sind die USA gegenüber den anderen imperialistischen Ländern bedeutend schwächer, obwohl sie das weit-aus stärkste imperialistische Land sind. Das US-Kapital ist in einem solchen Maße "überreif", daß es immer unfähiger wird, die Produktivkräfte der Gesellschaft weiter zu steigern. Die USA sind deutlich auf dem absteigenden Ast der Entwicklung, was sich äußert an den Exportschwierigkeiten, hohen Preissteigerungen, niedriger Kapazitätsauslastung und riesigem Arbeitslosenheer. Die Verrottung des US-Imperialismus hat in allen Bereichen der Gesellschaft ein bisher nicht da gewesenes Ausmaß angenommen.

England: Der englische Imperialismus ist in vieler Hinsicht mit dem US-Imperialismus zu vergleichen. Der Kapital-export Englands ist sehr hoch (England liegt noch weit vor der BRD an 2. Stelle nach den USA), die Handelsbilanz ist negativ. England hat zur Zeit sowohl eine hohe Arbeitslosigkeit (4,1 % = rund eine Million Arbeitslose) als auch eine hohe Inflationsrate (um 7 %). Ebenso wie die USA

bietet England das Bild einer absteigenden imperialistischen Großmacht. Anteil Englands an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder

1960 = 9,3 %, 1968 = 7,6 %, 1970 = 7,0 %.

Seit der Pfundabwertung im Jahre 67 verbesserte sich jedoch die englische Exportsituation. Von den größten imperialistischen Ländern ist England nach der BRD am meisten exportabhängig (16,4 % der Produktion werden exportiert). Im jetzigen "Kampf um die Kurse" verfolgt England das Ziel, das Pfund nur wenig aufzuwerten und damit relativ zur Konkurrenz abzuwerten. Von seinem langjährigen Ziel, der EWG beizutreten, ist das englische Monopolkapital nach dem Einverständnis Frankreichs und dem Sieg der Rechten über die Sozialdemokraten im Unterhaus nicht mehr weit entfernt.



Japan: Das Wachstum der japanischen Industrieproduktion ist ohne Beispiel. Die folgende Tabelle zeigt das deutlich:

Wachstum der Industrieproduktion (1963 = 100)

|       | 1959 | 1969 | Steigerung in % |
|-------|------|------|-----------------|
| Japan | 56   | 222  | 296             |
| BRD   | 78   | 144  | 85              |
| Frk.  | 78   | 142  | 82              |
| USA   | 85   | 139  | 64              |
| GB    | 89   | 123  | 38              |

Der japanische Imperialismus hat eine ähnliche Entwicklung wie der BRD-Imperialismus durchgemacht. Zuerst wurde die politische Herrschaft des Kapitals mit Hilfe des US-Imperialismus gegenüber der Arbeiterklasse politisch abgesichert (Verbot des Massenstreiks der Gewerkschaften und der KPJ am 1. 2. 47 durch die Militärverwaltung der USA, 1948 Anti-Streik-Gesetz, 1949 Einrichtung eines "Sicherheitsbüros" von 75 000 Mann, August 1950 Verbot der kommunistischen Gewerkschaft, Frühjahr 1951 Verbot eines Generalstreiks gegen das Verbot von kommunistischen Organisationen). Nachdem die Imperialisten die Arbeiterklasse niedergeschlagen hatten, begann 1950-53 mit dem Korea-Krieg die erneute Expansion Japans, nachdem die USA auf Demontagen, Reparationszahlungen, etc. verzichtet hatten. Im Unterschied zur Entwicklung des BRD-Imperialismus jedoch fand der eigentliche japanische Wirtschaftsaufschwung erst 10 Jahre später (Ende der 50er Jahre) statt und mit Wachstumsraten, die der BRD-Imperialismus nie erreichte.

Anteil Japans an der Industrieproduktion der kapitalistischen Länder

| Japan      | BRD        |
|------------|------------|
| 1960 4,4 % | 1960 9,6 % |
| 1970 9,8 % | 1970 9,8 % |

Die Industrieproduktion Japans ist heute so groß wie die der BRD (Japan hat 100 Millionen Einwohner), jedoch ist sein Anteil am Welthandel längst nicht so groß wie derjenige der BRD und auch sein Ausfuhrüberschuß ist sehr viel niedriger.

Ein Großteil des japanischen Warenexports geht in die südostasiatischen Länder. Auf dem Wege der "friedlichen" Handelsexpansion und der "Entwicklungshilfe" ist das japanische Monopolkapital erfolgreich dabei, sich diejenigen traditionellen Einflußgebiete (Philippinen, Thailand, Südkorea, Malaysia, Indonesien) wiederzuerobern, die es 1945 verloren hat (an die USA).

Ein großer Teil des japanischen Exports geht in die USA (1/3 !). Diese beiden Tatsachen erklären, daß der Widerspruch zwischen den US-Kapitalisten und den japanischen Kapitalisten sich am meisten von allen innerkapitalistischen Widersprüchen verschärft hat und daher die US-Maßnahmen sich auch vor allem gegen Japan richten, denn in Südostasien steht die Neuverteilung der Einflußsphären bereits auf der Tagesordnung. Allerdings wird der Widerspruch USA - Japan durch das starke US-Kapital in Japan gedämpft. Neben der BRD sind die japanischen Imperialisten am meisten an einer nicht zu scharfen Entwicklung der Widersprüche zu den USA und an einem funktionierenden Weltwährungssystem interessiert aufgrund ihres großen Warenexportes. Protektionismus, Handelskrieg und Devisenzwangswirtschaft würden die BRD und Japan am meisten treffen. In den Tagen

nach der Verkündung der Nixon-Maßnahmen erlebte die Tokioer Börse den größten Kurssturz ihrer Geschichte: Z. B. fielen die stark exportorientierten Konzerne Tayoto von 426 auf 290 und Sanyo von 127 auf 81.

Frankreich: Im Mai/Juni 68 erlitt die französische Arbeiterklasse eine schwere Niederlage. Das französische Kapital konnte seine Herrschaft erneut festigen und die kapitalistische Produktion nahm einen Aufschwung. Vor allem konnte Frankreich seinen Außenhandel verbessern. Es gelang ihm erstmals einen Exportüberschuß zu erzielen. Der Anteil Frankreichs an der industriellen Produktion der kapitalistischen Länder ist minimal gestiegen:

|      |       |
|------|-------|
| 1960 | 4,7 % |
| 1968 | 4,4 % |
| 1970 | 4,8 % |

Von den Importrestriktionen der USA ist Frankreich relativ wenig betroffen, da nur 5 % des Exports in die USA gehen.

Der Kampf um den Export scheint zur Zeit der Angelpunkt der Politik des französischen Kapitals zu sein. Es versucht, dem "deutschen und japanischen Beispiel" zu folgen, mit Exportgewinnen, d. h. Wertrealisierungen auf fremden Märkten, seine Wirtschaft zu modernisieren, die Monopolisierung voranzutreiben und den Kapitalexport zu forcieren. Frankreich erwartet für die nächsten 5 Jahre höhere Wachstumsraten der Produktion als die BRD.

Schon seit vielen Jahren verfolgt der französische Imperialismus eine Politik des schärferen Vorgehens gegen die USA. Ein Mittel für eine selbständige Politik Frankreichs war z. B. der Aufbau einer eigenen Atommacht, ("force de frappe"). Allerdings war der Versuch einer selbstständigen Politik Frankreichs aufgrund der geringen ökonomischen Stärke lange Zeit auf ziemlich lockeren Sand gebaut. Als die BRD im letzten Mai durch das "floating" die DM aufwertete, wurde dies vom französischen Kapital scharf ablehnend kommentiert - trotz der günstigen Folgen für den französischen Export. Der Grund dafür war natürlich nicht etwa der, daß die BRD die EWG-Vereinbarungen verletzte, sondern daß Frankreich für ein schärferes Vorgehen gegenüber den USA eintrat (Forderung nach Abwertung des Dollar).

"Die französische Regierung wird dafür sorgen, daß die Bundesrepublik im Schoße Europas nicht das Gesetz der Vereinigten Staaten macht". (Pons, französischer Staatssekretär).

Wenn alle Länder so handeln würden wie die BRD, dann wären die USA der lachende Dritte. Ohne die immer neuen Versuche Frankreichs, den Kampf gegen die USA zu verstärken (z. B. Eintausch von Dollar in Gold, wodurch Frankreich schon früher die Rolle des Dollars als Leitwert ins Wanken brachte), wäre die relative Schwächung der USA sicherlich heute noch nicht so weit voran geschritten und so offen demaskiert worden.

Die währungspolitischen Differenzen zwischen BRD und Frankreich erklären sich aus der unterschiedlichen Strategie gegenüber den USA. Frankreich läßt sich in dieser Frage nicht überstimmen und geht hier notfalls seine eigenen Wege, auch wenn das zeitweise zu einer Desintegration in der EWG führt, denn ein gemeinsames Vorgehen der EWG-Länder ist für Frankreich nur möglich auf der Basis des gemeinsamen Vorgehens gegenüber den USA.



Veränderungen in den Anteilen der wichtigsten imp. Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt

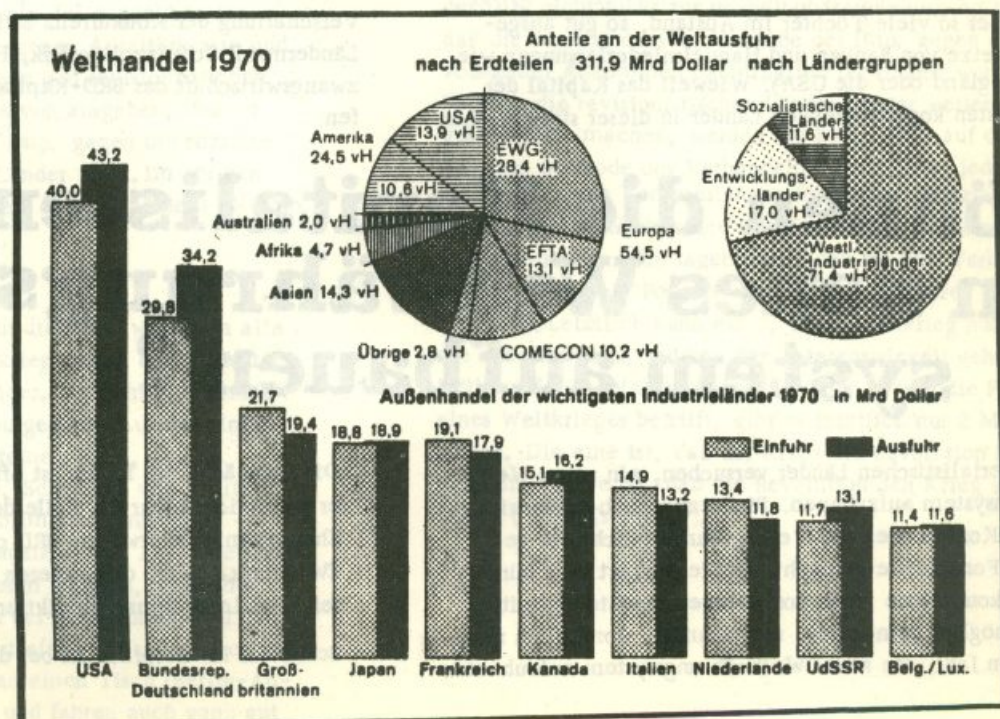
| Land       | 40er Jahre (1948) | 50er Jahre (1958) | 60er Jahre (1969) | 70er Jahre (1970) |
|------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| USA        | 53,4 %            | 46,1 %            | 43,4 %            | 40,9 %            |
| England    | 11,2 %            | 9,7 %             | 7,1 %             | 7,1 %             |
| BRD        | 3,6 %             | 9,4 %             | 9,4 %             | 9,7 %             |
| Frankreich | 3,9 %             | 4,9 %             | 4,6 %             | 4,7 %             |
| Japan      | 1,0 %             | 3,5 %             | 8,5 %             | 9,4 %             |

Quelle: Peking Rundschau, Nr. 37/71

Veränderungen in den Gold- und Devisenreserven der wichtigsten imp. Länder (Einheit: 100 Millionen US-Dollar)

| Land       | 40er Jahre (1949) | 50er Jahre (1959) | 60er Jahre (1969) | 70er Jahre (1970) |
|------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| USA        | 245,63            | 195,07            | 146,40            | 117,01            |
| England    | 16,88             | 27,35             | 25,27             | 25,61             |
| BRD        | 2,01              | 45,22             | 68,27             | 124,25            |
| Frankreich | 8,00              | 17,00             | 38,00             | 47,89             |
| Japan      | 2,26              | 13,21             | 30,27             | 37,20             |

Quelle: Peking-Rundschau, Nr. 37/71





**BRD:** Die BRD ist nach den USA das mächtigste imperialistische Land. Das BRD-Kapital befindet sich in der Phase, wo der Kapitalexport größere Bedeutung bekommt. Der Warenexport der BRD ist hoch und die Handelsbilanz war z. B. im letzten Jahr um rund 16 Mrd. DM positiv. Die BRD befindet sich noch längst nicht in dem Stadium einer absteigenden Macht wie die USA und England. In den nächsten Jahren wird der Kapitalexport sicherlich weiter stark zunehmen, was wiederum den Warenabsatz sichern hilft, sodaß Warenexport und Kapitalexport auf Jahre hinaus sich gegenseitig fördern könnten.

Schon im Mai dieses Jahres bei dem damaligen Vorläufer der Weltwährungskrise griff das BRD-Kapital zur Maßnahme des "floating", also einer faktischen Aufwertung der DM. Das BRD-Kapital hatte klar erkannt, daß diese Maßnahme notwendig war, um den Warenexport längerfristig abzusichern durch stabilere Preise, um den Kapital-Export zu erleichtern und um sie für die Propaganda gegen die Lohnforderungen der Arbeiterklasse zu benutzen. Inzwischen beträgt der Aufwertungseffekt der DM gegenüber dem Dollar rund 8 %.

Das BRD-Kapital exportiert 20 % seiner Industrieproduktion. Japan dagegen nur 10 %, die USA nur 4 %. Die BRD-Monopole sind in höchstem Maße expansiv. Sie sind also ganz besonders auf einen expandierenden Welthandel, auf ein funktionierendes Weltwährungssystem angewiesen und haben relativ wenig Interesse an einer Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern. Das gilt ganz besonders, weil das BRD-Kapital sich bisher noch kaum feste Einflußgebiete auf der Welt sichern konnte. Der Kapitalexport der BRD ist bisher relativ klein gewesen. Heute ist der Kapitalexport für das BRD-Kapital unbedingte Notwendigkeit, um das stark anwachsende Kapital möglichst profitabel anlegen zu können, was im Inland aufgrund des Mangels an Arbeitskräften, der "zu hohen" Löhne u. a. m. nicht mehr im selben Maße möglich ist. Weiterhin ist der Kapitalexport notwendig, um den Warenexport abzusichern (das westdeutsche Kapital verfügt nicht über so viele Töchter im Ausland, so gut ausgebaut Netze von Banken und Handelsniederlassungen wie z. B. England oder die USA). Wieweit das Kapital der wichtigsten konkurrierenden Länder in dieser strategischen

Frage gegenüber dem BRD-Kapital im Vorteil ist, wird aus folgender Tabelle ersichtlich:

Private Direktanlagen im Ausland in Mrd. Dollar:

|            | 1964  | 1968      |
|------------|-------|-----------|
| USA        | 44,4  | 64,8      |
| England    | 13,4  | 18,6      |
| Frankreich | 4 - 5 | 5,5 - 6,5 |
| BRD        | 1,8   | 3,6       |

Die besonders seit 1966/67 sprunghaft gestiegenen Investitionen des BRD-Kapitals im Ausland zeigen den Stellenwert, den das Kapital dieser Politik angesichts der sich verschärfenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt zumißt (die Zuwachsraten des Kapitalexports sind in keinem anderen großen Industrieland so hoch). Das drückt sich auch in den bürgerlichen Wirtschaftszeitungen aus, wo immer mehr Sätze zu finden sind wie: "Man solle doch besser statt die Gastarbeiter in die BRD zu holen, die Fabriken dort bauen, wo diese Arbeiter herkommen."

Die USA haben sich fast auf der ganzen Welt sichere Einflußgebiete geschaffen. F. J. Strauß schreibt dazu folgendes: "Die These Servan-Schreibers wird ja durchaus durch Fakten gestützt, die Thomas J. Watson, Generaldirektor der IBM, im Oktober 1967 anführte. Er unterrichtete davon, daß die von amerikanischen Firmen im Ausland produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen sich auf einen Wert von über 100 Mrd. Dollar belaufen und damit die Rangordnung der dritten Wirtschaftsmacht der Welt nach den USA und der Sowjetunion darstellen und daß im Jahre 1965 die 75 Millionen Arbeiter in den Ländern der EWG nicht ganz die Hälfte dessen produzierten, was die etwa gleich große Zahl von Arbeitern in den USA im gleichen Jahr erzeugten." (Strauß, Herausforderung und Antwort, S. 192).

England hat relativ großen Einfluß vor allem in den meisten seiner ehemaligen Kolonien, Frankreich ebenso, Japan expandiert im südostasiatischen Raum, nur das BRD-Kapital hat noch kaum sichere Einflußgebiete. Deshalb würde eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Ländern mit Schutzzollpolitik, Handelskrieg und Devisenzwangswirtschaft das BRD-Kapital heute am stärksten treffen.

## Können die Kapitalisten ein neues Weltwährungssystem aufbauen?

Die imperialistischen Länder versuchen, ein neues Weltwährungssystem aufzubauen. Bis jetzt jedoch haben sie in ihren Konferenzen und Verhandlungen nicht die geringsten Fortschritte gemacht. Heute rechnet kein bürgerlicher Ökonom wie noch vor wenigen Monaten damit, daß es möglich sein werde, sehr schnell, womöglich noch in diesem Jahr, ein neues Weltwährungssystem aufzubauen.

Die Schwäche des Dollar ist offensichtlich geworden - er kann nicht mehr die Rolle der Leitwährung spielen. Ebenso wenig ist etwa die BRD oder Japan oder auch die EWG stark genug, den anderen imperialistischen Mächten eine Leitwährung zu diktieren.

Besonders im Gespräch ist bei den Kapitalisten und ihren



Ideologen eine Ausweitung der sogenannten "Sonderziehungsrechte" zum Weltgeld. Das ist ein System, das in kleinem Maße heute schon existiert, zur Stützung des Dollar gedacht war und hinter dem nicht eine einzelne Macht, sondern die hauptsächlich imperialistischen Mächte stehen. "Unabhängig von nationalen Interessen" - wie die bürgerlichen Ökonomen sagen -, wäre ein solches System allerdings nicht. Die Größe der Werte, die die einzelnen kapitalistischen Länder als Grundlage der "Sonderziehungsrechte" in einem "internationalen Topf" zu hinterlegen hätten, wäre natürlich abhängig von der Stärke der verschiedenen imperialistischen Länder. Aufgrund der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Länder wird sich das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Ländern dauernd ändern, was fortwährend zu Widersprüchen führen und ein solches Währungssystem sehr schnell zerbrechen würde. Ultraimperialistische Bündnisse können unweigerlich eben nur "Atempausen" zwischen Kriegen sein, wenn diese auch vorläufig nur Handelskriege sein würden.

Sollte es den Kapitalisten gelingen, ein neues Weltwährungssystem aufzubauen, so wird dies doch nur kurze Zeit halten können. Es kann nur Flickschusterei sein, denn die Machtverhältnisse haben sich verändert, die Verwertungsbedingungen verschlechtert, die Widersprüche verschärft. Unweigerlich wird es zur Devisenzwangswirtschaft kommen. Nur noch das Gold wird Weltgeld sein. Die Zirkulationssphäre wird sich nicht mehr in so starkem Maße wie in der Vergangenheit verselbständigen können. Die Krisen im Produktionsbereich könnten dann nicht mehr im Zirkulationsbereich "aufgespart" werden, sondern würden sich direkter und ohne Zeitverschiebung im Bereich der Produktion auswirken. Kein kapitalistisches Land wäre mehr in der Lage, seine Produktion durch Schulden bei anderen Ländern (= negative Zahlungsbilanz) florieren zu lassen. Der Kapitalexport würde sehr stark behindert werden.

## DIE FRAGE EINES 3. IMPERIALISTISCHEN WELTKRIEGS

Auch wenn die Widersprüche zwischen den imp. Ländern sich weiter verschärft haben, steht ein Krieg zwischen den imp. Ländern nicht auf der Tagesordnung. Das, was sie eint, ist erheblich größer als das, was sie trennt. Der fundamentale Widerspruch ist weiterhin der gegenüber den Völkern der 3. Welt, der zur eigenen Arbeiterklasse und der gegenüber den sozialistischen und revisionistischen Ländern. Deshalb müssen wir davon ausgehen, daß an erster Stelle ein Weltkrieg des Imp. gegen die sozialistischen und revisionistischen Länder steht. Im übrigen gibt es heute im imp. Lager kein Land, daß dem US-Imp. im geringsten ebenbürtig wäre.

Trotz "neuer Ostpolitik" treffen die Imp. weiterhin alle Vorbereitungen für einen Weltkrieg gegen die sozialistischen und revisionistischen Länder. Auch hier ergänzen sich die zwei Methoden der Bourgeoisie: Auf der einen Seite Stärkung ihrer Militärsysteme (Nato, usw.), Erhöhung der Rüstungsausgaben, Schaffung von Militärstützpunkten in aller Welt, Mobilmachungsübungen - auf der anderen Seite versuchen sie eine "Auflockerungspolitik" (Strauß) gegenüber diesen Ländern, versuchen sie, die Widersprüche zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern zu vertiefen. Sie setzen sich mit den revisionistischen Ländern an einen Tisch (Berlin-Abkommen, Rogers-Plan z. B.) und fahren auch ganz gut

dabei: Sie haben mit dazu beigetragen, die Sowjetunion von der proletarischen Bewegung und der antiimp.-Bewegung der 3. Welt abzubringen. Beim Berlin-Abkommen z. B. haben die Imp. erreicht, daß die SU die Anerkennung der DDR nicht mehr zur unabdingbaren Bedingung machte, daß die verschiedensten Verstöße der Imp. gegen das Potsdamer Abkommen nachträglich legalisiert wurden, usw. Solange die revisionistischen Länder immer weitere Zugeständnisse machen, werden die Imp. nicht auf die liberalere Methode des Verhandelns verzichten, jedoch gleichzeitig die Vorbereitungen für einen Weltkrieg gegen die sozialistischen und revisionistischen Länder weiter vorantreiben. Sie sagen dazu, daß sie ihre Verhandlungen von einer "Position der Stärke" aus führen (Strauß, Schmidt). Letztlich kann ein 3. imp. Weltkrieg nur durch die Arbeiterklasse und von den unterentwickelt gehaltenen Völkern der 3. Welt verhindert werden. "Was die Frage eines Weltkrieges betrifft, gibt es letztlich nur 2 Möglichkeiten. Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert." (Mao Tse-tung).